

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erste Ausgabe am Sonnabend.
 Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: N. Kayser, Berlin.
 Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
 Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Textzeile oder deren Raum 30 Pfg.
 Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
 Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der günstige Stand des deutschen Wirtschaftslebens, welcher in den vorausgegangenen Monaten konstatiert werden konnte, hat auch im Monat Januar angehalten. Alle Merkmale deuten darauf hin, daß wir uns in einer Periode aufsteigender Konjunktur befinden. Der Außenhandel des Deutschen Reiches hat sich merklich gehoben. Im Januar 1912 wurden 48 508 024 Doppelzentner Waren im Werte von 627,00 Millionen Mark ausgeführt, gegen 4 271 170 Doppelzentner im Werte von 608,00 Millionen Mark im Januar 1911. Einen Maßstab für die Steigerung des Verkehrs liefern die Verkehrseinnahmen der deutschen Eisenbahnen. Diese betrugen im Januar 1912 pro Kilometer im Personenverkehr 1050 Mk. (im Januar 1911 = 1081 Mk.), im Güterverkehr 2827 Mk. (2021 Mk.). Auch die gewerbliche Unternehmungslust hat sich sehr merklich gesteigert. In Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden im Januar 1912 140,20 Millionen Mark neu investiert; im Januar 1911 waren es nur 80,20 Millionen Mark. Die Besserung im Stande des Arbeitsmarktes fällt allerdings noch nicht wesentlich ins Gewicht; auf je 100 offene Stellen kamen im Januar 1912 67,20 Arbeitssuchende gegen 107,74 im Dezember 1911. Es darf aber erwartet werden, daß die folgenden Monate weit günstigere Ziffern aufweisen werden.

In der Holzindustrie weisen die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik weniger günstige Ziffern auf, aber eine kräftige Besserung im Stande des Arbeitsmarktes ist auch hier nicht zu verkennen. Im Monat Januar 1912 kamen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 224,7 Arbeitssuchende; im Dezember 1911 waren es noch 230,4. Im Januar 1911 betrug die Andrangsziffer 240,8 und in dem entsprechenden Monat der vorausgegangenen Jahre war sie noch erheblich größer. Diese Besserung auf dem Arbeitsmarkt tritt auch in den Ergebnissen der Arbeitslosenzählung im Deutschen Holzarbeiterverband in Erscheinung. Ende Dezember 1912 waren noch 4,64 Proz. der Mitglieder arbeitslos, Ende Januar war der Prozentsatz auf 4,20 zurückgegangen. Zum Vergleich sei auch der Prozentsatz der Arbeitslosen im Januar der vorhergegangenen Jahre genannt. Im Januar 1907 waren 2,87 Proz. der Mitglieder arbeitslos, 1908 = 5,81 Proz., 1909 = 7,07 Proz., 1910 = 3,68 Proz. und 1911 = 4,28 Prozent.

Die bei den einzelnen Branchen eingetretenen Veränderungen im Stande des Arbeitsmarktes ergeben sich aus der nachstehenden Zusammenstellung. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitssuchende:

	Dezember 1911	Januar 1912
Tischler	281,00	224,16
Drechsler, Bildhauer usw.	289,04	204,79
Böttcher, Kister, Möbeler	216,60	250,68
Büchsen-, Kanin- und Korbmacher	208,42	239,04

Bei den Tischlern und den Drechslern und Bildhauern ist also eine Besserung zu konstatieren, während bei den Böttchern und in geringerem Maße auch bei den Würtstern, Kanin- und Korbmachern eine Verschlechterung eingetreten ist. Für Tischler war der Arbeitsmarkt am günstigsten in Schlesien, wo 101,7 und in Posen, wo 108,4 Arbeitssuchende auf je 100 offene Stellen kamen. Unter dem Reichsdurchschnitt blieb die Andrangsziffer auch in Hannover mit 120,7, Hessen-Nassau mit 144,0, Württemberg mit 145,5, Hamburg mit 175,2, Provinz Sachsen mit 180,3, Baden mit 213,5, Hessen mit 215,2 und Lübeck mit 219,5. In den übrigen Landesteilen ging der Andrang über den Reichsdurchschnitt hinaus. Am höchsten war er mit 401,9 in Schleswig-Holstein, aber auch Pommern mit 320,0, Königreich Sachsen mit 327,3 und Elsaß-Lothringen mit 331,3 weisen sehr erhebliche Andrangsziffern auf.

Die Unternehmungslust im Holzgewerbe, soweit sie sich in Neuinvestitionen ausdrückt, war im Januar recht reger. Es wurden 1 088 000 Mk. neu investiert, gegen 752 000 Mk. im Januar 1911 und 558 000 Mk. im Januar 1910. Von den neuinvestierten Kapitalien entfielen 545 000 Mk. auf 10 Neugründungen, und zwar sind diese Neugründungen durchweg Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Kapitalerhöhungen fanden statt bei einer Aktiengesellschaft um 500 000 Mk. und bei 8 Gesellschaften m. b. H. um zusammen 48 000 Mk.

Von den im Januar erfolgten Neugründungen sind folgende bemerkenswert: P. Hömig-Wöbelwerke G. m. b. H. in Detmold. Geschäftsführer Christian Geier und Wilhelm Rappins. Stammkapital 70 000 Mk. — Karosserie Kellner, G. m. b. H. in Ammendorf. Geschäftsführer Alexis Kellner

in Berlin-Westend und Hermann Kraus in Halle a. S. Stammkapital 50 000 Mk. — Fischer u. Conradsen, G. m. b. H. in Wilmersdorf. Geschäftsführer Paul Fischer und Christian Conradsen. Stammkapital 84 000 Mark. Hier handelt es sich um die Umwandlung der bestehenden Tischlerei für Bau- und Innenausbau in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Laist u. Savelis, G. m. b. H. in Sonnef. A. H. Möbelfabrik, speziell Schlafzimmernöbel. Geschäftsführer Philipp Laist und Joseph Savelis. Stammkapital 20 000 Mk. — Märkische Holz- und Tonindustrie, G. m. b. H. in Treptow. Geschäftsführer August Staats in Angermünde und Georg Witt in Treptow. Stammkapital 20 000 Mk. — „Nilsboff“, G. m. b. H. in Berlin, Herstellung und Vertrieb von Patentstahlmöbeln, sonstigen Möbeln und Polstermöbeln. Geschäftsführer Max Milhan und Otto Vogt. Stammkapital 20 000 Mk.

Kapitalerhöhungen wurden vorgenommen: Bei der Aktiengesellschaft Gebrüder Schöndorf in Düsseldorf, und zwar von 2 500 000 Mk. auf 3 000 000 Mk. — August Schmidt u. Co., G. m. b. H. in Elberfeld, erhöhten ihr Kapital von 80 000 Mk. auf 90 000 Mk. — Bei der Meheimer Möbelfabrik, G. m. b. H., erfolgte eine Erhöhung des Stammkapitals um 10 000 Mk. auf 45 000 Mk. und bei der Dresdener Drehbankfabrik, G. m. b. H., wurde das Stammkapital um 8000 Mk. auf 38 000 Mk. erhöht.

Im Monat Januar haben drei Aktiengesellschaften des Holzgewerbes ihre Bilanzen für das letzte Geschäftsjahr so veröffentlicht, daß das Ergebnis mit dem des Vorjahres vergleichbar ist. Diese Gesellschaften hatten im Vorjahre einen Verlust von zusammen 99 720 Mk. zu buchen, eine Dividende konnten sie nicht verteilen, während nach der letzten Bilanz 20 475 Mk. als Dividende zur Verteilung gelangten. Die Vereinigten Kafffabriken, A.-G. in Kassel, haben auch im letzten Jahre wieder sehr ungünstig abgeschlossen. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 1 400 000 Mk. und 2 000 000 Mk. Obligationen. Im Vorjahre wurden 808 889 Mk., im letzten Jahre 81 780 Mk. abgeschrieben, eine Dividende aber nicht verteilt. — Die Würtsternfabrik A.-G. Schönaui, W. hatte bei 120 000 Mk. Aktienkapital einen Verlust von 86 315 Mk.; im Vorjahre betrug der Verlust 80 859 Mk. Günstiger war das Ergebnis bei der Holzindustrie Hermann Schüttl, A.-G. in Zerz. Während das Vorjahr mit einem Verlust von 68 801 Mk. abschloß, brachte das letzte Geschäftsjahr einen Gewinn von 75 824 Mk., wovon 20 475 Mk. als Dividende für die Vorzugsaktien mit 5 Proz. für ein halbes Jahr verteilt wurden.

Günstiger als die Abschlüsse dieser Gesellschaften ist das Geschäftsergebnis einiger Waggonfabriken, die gleichfalls im Januar ihre Bilanz veröffentlicht haben. Die Waggonfabrik A.-G. vorm. P. Herbrand u. Co. in Köln-Ehrenfeld erzielte nach 117 574 Mk. (im Vorjahre 120 240 Mk.) Abschreibungen einen Gewinn von 383 431 Mk. (350 032 Mk.). Hieron wurden 210 000 Mk. (240 000 Mk.) zur Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (8 Proz.) verwendet. — Die Hannoverische Waggonfabrik A.-G. in Nienburg erzielte nach 178 832 Mk. (113 255 Mk.) Abschreibungen einen Gewinn von 220 285 Mk. (204 280 Mk.). Hieron wurden 140 000 Mk. (80 000 Mk.) zur Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (7 Proz.) verwendet. — Die Waggonfabrik Herdingen schloß ihr letztes Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 153 818 Mk. ab, nachdem 121 534 Mk. abgeschrieben wurden. Das Geschäftsjahr war ungünstiger als das vorhergegangene, in welchem nach 128 083 Mk. Abschreibungen ein Gewinn von 244 525 Mk. erzielt wurde. Dem entsprechend wurden diesmal auch nur 190 000 Mk. als Dividende von 4 Proz. ausgeschüttet, während im Vorjahre 240 000 Mk. zur Verteilung einer Dividende von 6 Proz. zur Verfügung standen. — Mit Verlust arbeitete die G. Sebed-A.-G. Schiffswerft und Maschinenfabrik in Geestmünde-Bremerhaven. Es wurden 249 975 Mk. (184 093 Mk.) abgeschrieben. Es verbleibt ein Verlust von 261 382 Mk., während das Vorjahr einen Gewinn von 76 864 Mk. ergeben hatte. Eine Dividende wurde in den beiden letzten Jahren nicht verteilt.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz ist im Januar 1912 sowohl im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres als auch mit dem Dezember 1911 bedeutend zurückgegangen. Es wurden 2 089 994 Doppelzentner im Werte von 14 943 000 Mk. eingeführt gegen 3 342 268 Doppelzentner im Werte von 16 009 000 Mk. im Januar 1911 und 5 774 668 Doppelzentner im Werte von 29 945 000 Mark im Dezember 1911. Am stärksten von dem Rückgang

betroffen ist Nadelholz, von welchem nur 2 200 572 Doppelzentner eingeführt wurden gegen 2 776 858 Doppelzentner im Januar 1911. Auch Kiefer, Buchen- und Eichenholz weisen geringere Ziffern auf, dagegen ist die Einfuhr von Eichenholz und weichen Laubhölzern gestiegen.

Auch die Ausfuhr von Holzwaren weist, wenigstens soweit die Menge in Betracht kommt, gegenüber dem Januar 1911 einen Rückgang auf, der um so auffälliger ist, als die Gesamtausfuhr aus dem Deutschen Reich eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren hat. Es wurden ausgeführt 49 728 Doppelzentner im Werte von 4 227 000 Mark gegen 52 881 Doppelzentner im Werte von 4 008 000 Mark im Januar 1911 und 59 280 Doppelzentner im Werte von 5 748 000 Mk. im Dezember 1911. Von dem Rückgang sind vornehmlich Fässer und Wäckerwaren sowie grobe, bearbeitete Holzwaren betroffen, dagegen weisen die meisten anderen Positionen des Warenverzeichnisses, so feine Holzwaren, Möbel- und Möbelteile, ferner Holzspunde, Holzdraht, Holzstifte, Stöcke sowie Turniere, Holzspaten, Paneele und Stab- und Tafelböden gesteigerte Ausfuhrziffern auf. Auch die Ausfuhr von Sägen, Sägen, Pinseln und Siebwaren hat sowohl gegenüber dem Vormonat als auch im Vergleich zum Januar 1911 einen erheblichen Rückgang erfahren. Es wurden ausgeführt 2245 Doppelzentner im Werte von 883 000 Mk. gegen 2411 Doppelzentner im Werte von 878 000 Mk. im Januar 1911 und 2958 Doppelzentner im Werte von 1 200 000 Mk. im Dezember 1911. — Die Ausfuhr von Musikinstrumenten aus Holz hat dagegen eine Steigerung erfahren. Insgesamt betrug der Wert der Ausfuhr an Musikinstrumenten aus Holz im Januar 4 002 000 Mk. Am meisten kommen hier Klaviere, Harmoniums usw. in Betracht. Hieron wurden 18 187 Doppelzentner im Werte von 3 800 000 Mk. ausgeführt gegen 11 887 Doppelzentner im Werte von 2 907 000 Mk. im Januar 1911. Die Ausfuhr von Klaviaturen ging gegen den Januar 1911 von 2861 auf 1779 Doppelzentner zurück, dagegen erfuhr die Ausfuhr von Streichinstrumenten eine Steigerung von 308 auf 320 Doppelzentner.

Der badische Gewerbeinspektionsbericht für 1911.

Wie blinklich im ersten Monat des Jahres 1912 ist der Jahresbericht der badischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1911 erschienen, während diese Berichte in den anderen Bundesstaaten meistens erst im Frühjahr oder Sommer die Druckpresse verlassen. Schon durch diesen Vorzug erwirbt sich der badische Bericht die Aufmerksamkeit weiterer Kreise. Er zeichnet sich auch sonst noch durch mancherlei Besonderheiten aus, wenngleich er nicht mehr ganz das hohe Niveau erreicht, auf dem diese Berichte standen, als der verstorbene Fabrikinspektor Dr. Wörrißhofer das badische Aufsichtsamt leitete. Drei wissenschaftlich gebildete Beamte der Gewerbeinspektion haben dem Bericht selbständige Abhandlungen beigelegt, nämlich das ärztliche Mitglied einen „Hygienischen Sonderbericht“, ein Ingenieur Betrachtungen über „Die hygienischen Verhältnisse in den Gewerbebetrieben der Stadt Karlsruhe“ und Jrl. Dr. jur. Angelika Siquet über „Der subjektive Teilbestand bei Verletzungen der Arbeiterschutzes“. Auch das Ergebnis einer Erhebung über die Lohnverhältnisse badischer Zigarrenarbeiter, in Vergleich gestellt mit den Ergebnissen früherer Erhebungen in denselben Betrieben, teilt der Bericht mit.

Um gleich hierbei stehen zu bleiben, zeigen diese Zahlen, wie ungeheuer langsam die Lohnlinie selbst bei einer Arbeiterschicht mit der allerelendesten Bezahlung ansteigt. Die Löhne von 9 Fabriken vom Jahre 1911 sind verglichen mit dem Stand von 1905 und 1897. Wir finden hier bei einer Fabrik eine Steigerung der durchschnittlichen Wochenlöhne männlicher Arbeiter von 11,57 im Jahre 1897 auf 13,21 Mk. im Jahre 1911 mit dazwischen liegender Senkung auf 11,28 Mk. im Jahre 1905. In einer anderen Fabrik stieg der Lohn von 9,04 Mk. auf 10,83 Mk. bzw. 11,96 Mk. in einer dritten von 10,23 Mk. auf 10,98 Mk. bzw. 14,83 Mk.; dieser Steigerungsgrad wird von keiner anderen Fabrik mehr übertroffen! Bei drei Fabriken, von denen nur die Löhne von 1905 und 1911 verglichen wurden, sind die Beträge noch geringer. Im Jahre 1911 waren hier glücklicherweise die Wochensummen von 11,79 Mk. bzw. 12,30 Mk. bzw. 12,92 Mk. erreicht. Man vergesse nicht: durchschnittliche Wochenlöhne männlicher Arbeiter! Die Löhne der weiblichen Arbeiter sind natürlich noch niedriger. Sie sinken bis auf 7,92 Mk. und weisen sogar in mehreren Fällen absolute Rückgänge auf. Gelehrsame Sozialpolitiker werden uns nun vorrechnen, um wie-

viel Prozent die Löhne im Durchschnitt seit 1905 und 1897 gestiegen seien. Sie würden aber in große Verlegenheit kommen, wenn sie uns zeigen sollten, wie man mit diesen Löhnen menschenwürdig leben kann. Zu den elenden Zuständen in der Zigarrenindustrie hat die Steuererhöhung, die hier immer wieder ihre Schröpfpföfe ansetzt, ihr Teil beigetragen. Auch die Säbholzindustrie verspürt immer noch die Segnungen der Steuererhöhung. „Eine große Säbholzfabrik bleibt auf absehbare Zeit hinter der ihr möglichen Produktionsmenge zurück“, sagt der Bericht. Im übrigen wird das Wirtschaftsleben des letzten Jahres als ein gutwilliges geschildert, aber in verschiedenen Industriezweigen, wie der Maschinenindustrie, der Maschinenindustrie, wurde allgemein über zu niedrige Preise geklagt.

Die Zahl der Revisionen läßt in Baden noch zu wünschen übrig. Nur 61,7 Proz. der revidierungspflichtigen Anlagen wurden revidiert, und es waren in den revidierten Anlagen 72,2 Proz. der Gesamtbeschäftigten beschäftigt. In mehr als ein Drittel aller Betriebe mit mehr als einem Viertel aller Arbeiter bliebt also das ganze Jahr kein Fabrikinspektor hinein. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurde der durchschnittliche Prozentsatz etwas überschritten, insofern hier 76,2 Proz. aller Betriebe besichtigt wurden. Die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe zählt in Baden 1520 revidierungspflichtige Betriebe oder 0,5 Proz., mit 17.155 Arbeitern oder 0,8 Proz.

Bei den Beschwerden über Mißstände im Gewerbe überwiegen stark die von Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten vorgebrachten. Das ist sehr einleuchtend, da der einzelne Arbeiter sich der Gefahren halber selten, mit seinem Namen Beschwerden zu unterzeichnen. Nur vereinzelt, sagt der Bericht, finden sich noch Arbeitgeber, die gegen jede, auch die einfachste Anordnung des Gewerbeaufsichtsamts gläubige Stellung nehmen zu sollen. Einige trasse Fälle dieser Art werden mitgeteilt, aus denen sich übrigens ergibt, daß selbst bei großen Verleumdungen die Aufsichtsbeamten noch eine weitgehende Mäßigkeit und Milde walten lassen. Bei der Revision einer Wärsenfabrik, die im Beisein des Arbeitgebers und des Betriebsleiters erfolgte, suchte der letztere die Kontrolle der Desinfektion der Rohware durch offensichtlich unwahre Angaben und unangemessene Antworten fortgesetzt zu stören. Während er energig zurechtgewiesen wurde, hatte sich der Arbeitgeber in aller Stille verzogen und erschien auch während der Dauer der Revision nicht mehr, die Verantwortung für festgestellte Geschwindigkeiten seinem Untergebenen überlassend. Der Bericht sagt leider nichts davon, daß gegen ein solches Verfahren vom Gewerbeinspektor eingeschritten worden wäre.

Dagegen enthält der Bericht einige auffallende Unfreundlichkeiten gegen die Gewerkschaftsleiter, für die jeder ersichtliche Grund fehlt. Wenn einmal ein „Gewerkschaftsführer“ — als solcher wird jeder mit der Gewerbeaufsicht in Verbindung tretende gewerkschaftliche Vertrauensmann angesprochen — darauf aufmerksam gemacht werden muß, daß in Betrieben mit 20 und mehr Arbeitern der Erlaß einer Arbeitsordnung geboten sei, so braucht das doch nicht tendenziös im Jahresbericht vermerkt zu werden. Die Wertschätzung der Arbeitsordnungen heutigen Stils ist nun einmal in den Kreisen der Klassenbewußten Arbeiter keine hohe, was seine guten Gründe hat. Auch die „unerschrockene Erfahrung“, die die Gewerbeinspektion bei einer größeren Lohnbewegung insofern gemacht hat, als die Vertreter der Arbeiter die Vermittelung des Aufsichtsbeamten so lange hinauszögerten, bis eine Beilegung auf anderem Wege eingeleitet war, sind uns kein Grund, ohne weiteres den Stab zu brechen über die Leiter der drei beteiligten Gewerkschaftsverbände. Wird doch in der Lektion, die der Bericht im Anschluß an diesen Fall über die Dienstpflichten der Gewerbeaufsichtsbehörde bei Lohnbewegungen erteilt, die Auffassung vertreten, daß der Gewerbeinspektor mit großer Zurückhaltung und Vorsicht zu Werke zu gehen habe. Ein solches Gebot der taktischen Vorsicht besteht selbstverständlich auch für die Gewerkschaftsvertreter. Das Maß der Zurückhaltung, das der Bericht von den Aufsichtsbeamten angewendet wünscht, geht uns aber doch zu weit. Weil die Unternehmer „leicht dazu neigen, den Gewerbeaufsichtsbeamten glattweg als einen hässlichen Vertreter auch der wirtschaftlichen Arbeiterinteressen zu betrachten“, und weil die Arbeiterschaft „vom Aufsichtsbeamten mehr und anderes erwartet als von Stellen, die nur auf die Beilegung des Falles bedacht zu sein brauchen, ohne ihn im Zusammenhang mit den Evolutionsbestrebungen der gesamten Arbeiterschaft würdigen zu müssen“, bewegen soll sich die Gewerbeinspektion in Koloniallampen in eine gewisse Unnahbarkeit einhüllen. Eine merkwürdige Auffassung. Mit vollem Recht erwartet die Arbeiterschaft vom Gewerbeinspektor „mehr und anderes“, als vom Gewerbeaufsichtsvorsitzenden, der nach der Natur seines Amtes die „Parität“ wahren soll, oder vom Bürgermeister, der von Lohnbewegungen womöglich so viel versteht wie der Esel vom Kautschlagen. Der Gewerbeinspektor ist ein Schutzorgan für die Arbeiterschaft und soll, wenn er sein Amt richtig ausübt, nicht „paritätisch“ zu handeln bedacht sein, sondern in u h einseitig Arbeiterinteressen vertreten. Die leider nicht sehr zahlreichen einseitigen Unternehmer haben Verständnis für diese einseitige Stellungnahme, gegen die einseitigen und widerspenstigen darf der Aufsichtsbeamte den Kampf nicht scheuen. Bei dieser Unternehmerrichtsicht wird sich der Aufsichtsbeamte immer eines Misstrauens und einer Abneigung erfreuen; da hilft ihm alle Vorsicht nichts. Es nützt aber seinem Amt und dient der sozialpolitischen Entwicklung, wenn der Aufsichtsbeamte die Erwartungen erfüllt, die vernünftigerweise

von der Arbeiterschaft auf die Gewerbeaufsicht gesetzt werden. Deshalb: nicht schüchterne Zurückhaltung, sondern Hilfsbereitschaft, wenn beide Parteien die Vermittelung wünschen!

Unlogische Lehren, die wiederum von einer gewissen Unfreundlichkeit gegen die Gewerkschaftsleiter zeugen, zieht der Bericht aus dem sozialpolitischen Programm, das der Leiter der Magalhães in Eugen, Julius Magal, für sein Verhältnis zu den Arbeitern aufgestellt hat. Dies Programm ist gewiß wert, weiter verbreitet zu werden. Es enthält u. a. diese Sätze:

„Was die in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft anstrebt, bezieht sich mit unseren Zielen. Wir betrachten die Gewerkschaften als Blomiere des Kulturfortschritts, und sind um so mehr geneigt, ihre Bestrebungen zu unterstützen, als wir in ihnen das Mittel zur Ordnung der sozialen Frage auf dem Wege der Evolution, im Gegensatz zur Revolution, erblicken. Die Leitung des Magal-Unternehmens steht nicht auf dem veralteten patriarchalischen Standpunkte, absoluter Herr im eigenen Hause sein zu wollen. Wir haben von jeder in unseren Arbeitern nicht Maschinen, sondern Mitarbeiter an der gemeinsamen Aufgabe erblickt und das Recht der Persönlichkeit in ihnen geachtet.“

Schöne Worte, die allem Anschein nach in dem Unternehmen auch praktisch befolgt werden. Denn neben anderen lobenswerten Einrichtungen des Betriebes steht in der neuen Lohnordnung z. B. die Bestimmung, daß bei Tariffdifferenzen und überhaupt bei den Tagungen des Arbeiterausschusses Vertreter der beteiligten Gewerkschaften an den Sitzungen des letzteren teilzunehmen das Recht haben. Der Jahresbericht müßte nun die Grundzüge der Magalhães-Unternehmens als Muster empfehlen, statt dessen scheint ihm diese Gelegenheit passend, den — Gewerkschaftsführern den Rat zu geben, Kulturziele mit Kulturmitteln zu erreichen. Man fragt sich verwundert, wie sich ein solcher Mißbrauch an diese Stelle verirren konnte.

Wit einwandfreier und wertvoller sind die Beobachtungsergebnisse über die Beschäftigung ausländerischer Arbeiter, die der Bericht zum besten gibt. Hier wird sehr anschaulich geschildert, wie die Arbeiter romanischer und slawischer Abstammung (vorwiegend Italiener und Polen) sich der Aufnahme deutscher Kulturelemente geradezu widersetzen, wie sie sich abschließen, wie sie mit ihrer Lebensweise, ihrem Denken und Fühlen in der Heimat bleiben, wie der Heimlichkeitsbegriff bei ihnen unentwikkelt bleibt, wie sie an allen sozialen Einrichtungen achtlos vorbeigehen, nur selten mit deutschen Kollegen gemeinsam organisiert sind, wie sie in ihrer Sucht, Geld zu verdienen, zu sparen und es heimzujagen, alle Lebensgenüsse die Geld kosten, meiden und ihrer kulturwidrigen Bedürfnislosigkeit zuliebe Schmutzkonkurrenten der einheimischen Arbeiter werden. Derartige Arbeiter, die am Zahlung höchstens einmal auf eine Viertelstunde Radan machen, wenn ihnen die Silberstücke zu wenig dünken, die ihnen eingehändigt werden, am anderen Tage aber wieder bereitwillig weiter laufen in der Treitmühle, sind natürlich dem Durchschnittsunternehmer willkommen Gäste, er „speidet“ ihnen sogar das Mietgeld. Je begehrtet indessen diese Elemente sind, um so schwieriger, aber auch um so notwendiger ist die Kultivierungsarbeit, die jene Gewerkschaften an ihnen vollziehen müssen, deren Mitglieder unter der Konkurrenz der rückständigen zugewanderten Leidensgenossen stark zu leiden haben.

Aus der Fülle der Detailschilderungen, die der Bericht bietet, mögen noch zwei Bilder wiedergegeben sein, von denen der Bericht sehr schonend sagt, sie seien Beispiele „mangelhafter Hygiene“. In einer Familie, in welcher die Mutter und eine 14jährige Tochter künstliche Blumen anfertigten, wurde ein schwer an Knochenüberlastung erkranktes Mädchen angetroffen. Das Bett der Kranken, von dieser bis vor wenigen Monaten mit der Schwester geteilt, stand in dem Wohn- und Arbeitszimmer, das noch ein nur wenige Wochen altes Kind beherbergte. Das einzige, was die Gewerbeaufsicht in diesem Elendszustand anordnen konnte, war, daß der Mutter zur Pflicht gemacht wurde, nach jeder Berührung der Kranken die Hände zu desinfizieren. Mit dem Geldwert der Toilette einer einzigen der schwerreichen Töchter, die hier existierenden Blumen bei Blumenfesten feilzubieten pflegen, wäre der Familie wenigstens aus der finanziellen Not zu helfen. — Für eine Zigarrenfabrik verrichtete eine alte Frau, die mit offenem Gesichtskreis befaßt war, Heimarbeit, nachdem sie trotz einer offenen Wunde am Auge jahrelang in der Fabrik beschäftigt worden war. Die Frau wurde mit Blut an den Händen, das von den Gesichtswunden herrihrte, beim Tabakrippen angetroffen. Der Kranken wurde untersagt, sich weiterhin mit Tabakrippen und sonstigen Arbeiten für die Fabrik zu beschäftigen und das Zimmer zu betreten, in welchem ihre Angehörigen Tabak verarbeiten. Schließlich soll die Familie die Heimarbeit ganz eingestellt haben. Wie aber mag es hier mit der Kompottschüssel bestellt gewesen sein, die nach einem Wort des Kaisers für den Arbeiter stets gefüllt sein soll?

Aus der Fürther Spiegelrahmenindustrie.

In der Fürther Holzindustrie nimmt die Produktion von Spiegelrahmen einen sehr großen Raum ein. Ende der neunziger Jahre mit dem Gelde einiger Spiegelglaswerkbesitzer ins Leben gerufen, hat sie sich heute derart entwickelt, daß rund 1400 Arbeiter in zirka 70 Betrieben durch die Erzeugung dieses Produkts ihren Unterhalt finden. Aus anfänglich primitiven Werkstätten sind zum Teil aus modernste eingerichtete Betriebe geworden, deren einzelne bis 250 Arbeiter beschäftigen. Die Arbeitsteilung sowohl innerhalb der einzelnen Betriebe als auch in

der gesamten Industrie ist in weitgehendster Weise durchgeführt. So sind Betriebe vorhanden, die nur Teile anfertigen, die andere weiterverarbeiten; während in einem Betrieb nur echte (furnierte) Rahmen hergestellt werden, fabriziert der andere nur imitierte, ein dritter nur Konfollische, wieder ein anderer Sandspiegel oder Toilettenpiegel, Korridore usw.

Die Veranlassung, diese Industrie ins Leben zu rufen, war ursprünglich der Gedanke, eine möglichst praktische Verpackung und damit einen erleichterten Transport der fertigen Gläser zu erzielen. Bald genug hatte man aber eingesehen, daß sich dieser neue Industriezweig vorzüglich zur kapitalistischen Ausbeutung eignet, und heute betreiben nicht weniger als 48 Firmen den Handel mit Spiegelrahmen.

Die kleinen Rahmenfabrikanten, anfänglich durch das Kapital ihrer Abnehmer angeschoben, fanden es natürlich ganz in der Ordnung, daß sie ihr Produkt nicht selbst in den Handel brachten, sondern diese Arbeit dem Abnehmer überließen. Durch weiteres Anlegen von Kapitalen beim Vergrößern einzelner Betriebe, verstanden diese es ganz ausgezeichnet, die Rahmenfabrikanten in immer größere Abhängigkeit zu bringen und dadurch eigentlich Herr der Produktion zu werden. Um aber ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, haben sie den „Verein der Spiegelmanufaktur“, Sitz Fürth, gegründet und seine neue Konkurrenz kann entstehen, wenn es dieser Verein nicht duldet. Dadurch wurde der Einfluß und die Macht dieser Kapitalistengruppe ganz bedeutend erweitert, der Ring um die Fabrikanten, die viel zu spät diese Gefahr erkannten, immer enger geschlossen.

Heute nun diktiert diese Herren den Fabrikanten die Preise des Produkts genau so, wie der schlesische Weberbesitzer seinen Seidarbeitern sagt, was er ihm für seine Arbeit bezahlt. Nicht zuletzt sind auch die Arbeitslöhne von der Gnade der Abnehmer abhängig und schon mancher Streit war notwendig, um die Exporteure, wie man die Herren zu nennen pflegt, zu zwingen, die Preise etwas zu erhöhen. Dazu kam die geradezu beispiellose Unethik der Fabrikanten, wodurch häufig die Produktpreise gedrückt werden konnten. Dies wurde wieder durch Herabsetzen der Absatzpreise seitens der Arbeitgeber weitgemacht. Solange ohne Vertrag gearbeitet wurde, war dies, wenn auch mit Widerstreben der Arbeiter, möglich. Das hat aber aufgehört, nachdem voriges Jahr nach fünfmonatigen Streit ein Vertrag für die Holzindustrie abgeschlossen wurde, der an Stelle von Abjagen Aufschläge treten ließ.

Man konnte gespannt sein, wie sich die Fabrikanten bei ihren jetzigen Preisen die Durchführung des Vertrages denken. Wollten sie die jährlichen Zulagen einhalten, so war die Voraussetzung, den Preis des Produkts zu erhöhen, denn nach unten kann nichts mehr gedrückt werden, weil hinter dem Vertrag eine machvolle Organisation steht. Es mußte also ein Verstoß nach oben gemacht werden, und die fünf größten Betriebe, die mit rund 550 Arbeitern in der Hauptsache echte (furnierte) Rahmen herstellen, forderten auch am 1. Januar von den Exporteuren eine Erhöhung der Preise um 2-3 Proz. Darauf waren die Abnehmer eingegangen, wenn sich die Fabrikanten auf ein ganzes Jahr gebunden hätten, was sie aber nicht konnten, weil dazu die Erhöhung nicht ausreichte. So ging's hinüber und herüber, bis am 1. Februar dann dieselben Fabrikanten eine weitere Erhöhung von 3 Proz. forderten. Das brachte nun die Exporteure derart aus dem Häuschen, daß sie durch ein Zirkular an ihre Mitglieder, das für Uebertretungsfälle auch Strafen androhte, über diese fünf Fabrikanten den Poststift verhängten, um sie dadurch zu zwingen, entweder die Produktion einzustellen oder klein zuzugreifen. Die Fabrikanten wählten das erstere und schlossen am 12. Februar ihre Betriebe. Das gab den Arbeitern der Industrie Anlaß, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Die Arbeitslosigkeit, durch diesen seit Weihnachten fortgesetzten Konflikt künstlich verlängert, trug dazu bei, bei der Arbeiterschaft den Gedanken reifen zu lassen, lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende.

Eine am 8. Februar stattgefundene Versammlung faßte den einstimmigen Beschluß, auch in den Betrieben, in denen ähnliche Produkte verfertigt werden wie in den hochfaktierten, die Arbeit ruhen zu lassen, um die Produktion vollständig zu unterbinden und dadurch den Exporteuren jede Lieferungsmöglichkeit zu nehmen. Dieser Beschluß, der 150 weitere Arbeiter in die Bewegung hineinzog, sollte bewirken, den Kampf zwischen Fabrikant und Exporteur zeitlich zu beschränken, um allgemein wieder Arbeitslosigkeit zu schaffen. Die Arbeiter in den Kleinbetrieben, anfänglich über diesen Akt der Solidarität etwas verblüfft, fügten sich schließlich der Notwendigkeit. Die kleinen Fabrikanten dagegen wurden zum Teil ganz rabiat; sie hätten in ihrer Kurzsichtigkeit den Exporteuren gar zu gerne Hefersdienste geleistet und würden daran nur durch ihre Arbeiter gehindert. In dieser Situation wogte der Kampf halle zwei Wochen, und erst als die Arbeiter in ihrer Solidarität der kleinen Betriebe beschlossen, konnten die Exporteure zur Nachgiebigkeit gezwungen und so der Kampf beendet werden. In den 2 bis 3 Proz. am 1. Januar wurden weitere 2 Proz. Erhöhung ab 1. April gewährt.

Ein höchst eigenartiger Kampf ist hier geführt worden. Bei oberflächlicher Betrachtung gewinnt es den Anschein, als seien die Arbeiter in den Streit getreten lediglich, um den Fabrikanten Vorteile zu erringen. In erster Linie hatten ja auch die fünf von den Exporteuren hochfaktierten Fabrikanten den Nutzen von dem Vorgehen, aber auch die Inhaber der kleinen Betriebe, die anfangs von der Arbeitseinstellung wenig erbaut schienen, werden inzwischen eingesehen haben, daß die von den Arbeitern eingeschlagene Taktik auch ihnen zum Vorteil gereichte. Die Arbeiter dagegen haben anscheinend das Opfer einer zweimonatigen Arbeitseinstellung auf sich genommen, ohne einen direkten Nutzen zu erzielen, ja ohne einen solchen auch nur anzustreben.

Gibt man sich aber Mühe, die Dinge einer näheren Prüfung zu unterziehen, dann wird man finden, daß unsere Kollegen ganz folgerichtig gehandelt haben und daß ihre Befriedigung über den Ausgang des Ringens wohl begründet ist. Es ist völlig richtig, daß Unternehmer und Arbeiter durchaus entgegengesetzte Interessen vertreten

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperierung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Rrieg, Burgdamm (Voss u. Comp.), Danzig (Schlauerwerk), Darmstadt (Möbelfabrik G. m. b. H.), Dresden a. d. N. (Ziegler u. Comp.), Geyer i. Oragebirge (Möhlenbauanstalt N. Mühl), Graudenz (Wrasch, Masella), Großschachwitz (Trippner), Kunnersdorf bei Augustsburg in Sachsen, Neustadt a. d. Orla (Hübner), Neudenburg (Eisenwerk Markshütte), Rosenheim (Partei-geschäft Wiesböck), Schönlanke in Posen, Warmbrunn i. Schl. (Gräfl. Schaffgotsche Möbelfabrik), Wiesbaden, Nancy, Paris.
- Brechsler nach Dresden a. d. N. (Ziegler u. Comp.), Schönlanke in Posen.
- Möbelwerkstätten nach Neudenburg (Eisenwerk Markshütte).
- Parteituglern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteitugler, Uhlendstraße).
- Wurstmachern nach Peine (Sonnenberg).
- Norbmachern nach Rottenburg o. d. T. (Haag u. Saalmüller), Salzkotten (Konrad Müller), Schiffdorf (Müller), Sehestedt (Allermann), Neuenreuth.
- Polstermachern nach Treuenbrießen.
- Schirmmachern nach Berlin (Lichtenstein).
- Klaviermachern nach Berlin (Wachstein).
- Sägern und Hilfsarbeitern nach Burgdamm.

welche in die parlamentarische Tätigkeit des „Lokomotivführers der Sozialreform“, wie er von seinen Schmeichlern genannt wurde, große Hoffnungen setzen, werden von seinem Debüt enttäuscht sein. Auch unser „Kollege“, der konservative Tischlermeister Pauli aus Potsdam, der sich aus seinem bisherigen Wahlkreis nach Mecklenburg geteilt hat, bacille sich, vor der zu erwartenden Ungültigkeitserklärung seines Mandats zum Wort zu kommen und erzielte einen unbefruchteten Heiterkeitserfolg, allerdings unfreiwillig. Bemerkenswert ist, daß diese Stütze des Tischlerinnungswesens nichts davon wissen will, daß in den Fortbildungsschulen Bürgerkunde gelehrt wird. Allerdings wendete er sich auch gegen den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule, der vielen seiner Parteifreunde wichtiger dünkt als die Weiterbildung nützlicher Kenntnisse.

Erst am zweiten Tage der Debatte ergriff der Staatssekretär Dr. Delbrück das Wort, der sich zunächst gegen die von anderer Seite angeregte Teilung seines Ministeriums aussprach. Das Verdienst der Sozialdemokratie an der Inangriffnahme und Förderung der Sozialpolitik, welches von anderen Rednern bestritten worden war, wollte auch Herr Delbrück nicht gelten lassen, aber immerhin erkannte er an, daß sie das treibende Moment bei der Lösung allgemeiner Zeitfragen ist. Die Arbeitslosenversicherung durch die Reichsgesetzgebung zu regeln, lehnt der Staatssekretär ab, das sei eine Aufgabe der Gemeinden, und ebensowenig möchte er sich an das Problem der Wohnungsreform heranwagen; das könnte erst dann geschehen, wenn die Bundesstaaten weiter in dieser Frage versagen. Die Verschärfung der Strafbestimmungen für Streikvergehen hält er für unnötig und ebenso auch die Neuregelung der Koalitionsfreiheit. Hier scheinen die Reichstagswahlen erzieherisch gewirkt zu haben, denn vor den Wahlen hat sich der Reichskanzler zu diesen Fragen in ganz anderem Sinne ausgesprochen.

Für die völlige Sicherung des Koalitionsrechtes erklärte sich der Sozialpolitiker des Zentrums, der Abgeordnete Pieper, wie sich aber seine Partei verhalten wird, wenn die entsprechenden Anträge vorgelegt werden, muß man vorerst abwarten. Die Konservativen haben die Hoffnung auf ein Gesetz zum Schutz der Streikbrecher noch nicht aufgegeben und in einer von ihnen vorgelegten Resolution wird ein derartiges Gesetz ausdrücklich verlangt. Mit diesen Bestrebungen ging unser Verbandskollege Robert Schmidt, gestützt auf ein reichhaltiges Material, gründlich ins Gericht. Die speziellen Verhältnisse der Bergarbeiter, deren Lohnbewegung jetzt aller Augen auf sich zieht, wurden von dem berufensten Kenner dieser Verhältnisse, dem Genossen Sächse, dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, zur Sprache gebracht.

Nachdem er sich in einer zweiten Rede für unsere „bewährte Wirtschaftspolitik“, d. h. die Ausraubung der Massen zum Vorteil der Agrarier, ins Zeug gelegt hatte, hielt der Staatssekretär Delbrück noch eine weitere Rede über den Mittelstand, den er in verschiedene Kategorien einteilte. So den häuerischen Mittelstand, der wenig Anlaß zum Klagen habe. Beim gewerblichen Mittelstand unterscheidet Herr Delbrück zwischen selbständigen und un-selbständigem Mittelstand. Dem letzteren beweist das Gesetz über die Versicherung der Privatangestellten die warme Fürsorge, welche ihm die Regierung entgegenbringt, während der selbständige Mittelstand hauptsächlich von den Bundesstaaten gefördert wird. Diese Darlegungen waren so interessant, daß der Volksparteiler Gotthein, der hernach zum Wort kam, verzweifelt ausrief, er sei bereit, dem Staatssekretär sein Gehalt zu bewilligen, auch wenn er nicht jeden Tag eine lange Rede hält.

Am 7. März konnte endlich, nach Erschöpfung der Rednerliste, die Generaldebatte über den Etat des Innern geschlossen werden. Es lagen hierzu nicht weniger als 55 Resolutionen vor, die sich folgendermaßen auf die verschiedenen Materien verteilen: Koalitionsrecht, Tarifverträge und Streikbrecherstrafe 5, Resolutionen, Arbeiterschutz 14, Bergarbeiterschutz und Meißelberggesetz 4, landwirtschaftliche Arbeiter 3, Privatlangestellte 10, Theaterpersonal 2, Hausierhandel und Handelsverhältnisse 6, Startelle und Syndikate 2, Versicherungswesen 3 und 6 Resolutionen behandeln verschiedene Dinge, so die Nummernheften, den Kleinverkauf von Schnaps usw. Aber alle diese Dinge wurden natürlich auch im Laufe der Debatte mehr oder weniger ausführliche Reden gehalten. Die Abstimmung über die Resolutionen wurde bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Dem 8. März wurde allseitig mit großer Spannung entgegengeesehen. Sollte doch an diesem Tage die definitive Wahl der Präsidenten vorgenommen werden. Die Situation war insofern der vor vier Wochen ähnlich, als auch diesmal die Vorbesprechungen zwischen den Parteien zu keinem Ergebnis geführt hatten. Nur Jovielland fest, daß die Nationalliberalen, welche damals die Wahl des sozialdemokratischen Vizepräsidenten ermöglicht hatten, diese Sünde wider den Geist des Byzantinismus nicht wieder begehen würden. Auch diesmal handelte es sich bei der Wahl des ersten Präsidenten um einen Kampf zwischen Links und Rechts. Die Nationalliberalen hätten den Posten des ersten Präsidenten am liebsten selbst besetzt. Da sie jedoch auf die für diese Wahl erforderliche Unterstützung durch die Sozialdemokraten nicht rechnen konnten, denen sie eine Vertretung im Präsidium nicht zugestehen wollten, machten sie aus der Not eine Tugend und stimmten für den Fortschrittler Kaempff, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Kaempff wurde dann auch mit 193 Stimmen gegen 187, die auf den

Zentrumsmann Spahn fielen und 4 zerstückelten Stimmen gewählt.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurde der Nationalliberale Paasche mit 107 Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten gewählt. Scheidemann, für den nur die Sozialdemokraten und Fortschrittler stimmten, brachte es auf 155 Stimmen. Velnahe wäre aber Scheidemann doch wieder gewählt worden, denn die Rechte wollte aus Kerger über den Durchfall ihres Präsidentschaftskandidaten sich an der weiteren Wahl nicht mehr beteiligen. Dem Voten des Reichskanzlers, der ihnen die schrecklichen Folgen einer etwaigen Abstimmung vorhielt, gelang es aber, ihren Jörn zu beschwichtigen, und sie haben es auch schließlich erreicht, daß kein Sozialdemokrat im Präsidium ist. Bei der Wahl des dritten Präsidenten wußten sie allerdings keinen anderen Ausweg als für den seitherigen vorläufigen Inhaber dieses Amtes, den Fortschrittler Dove, zu stimmen, während dessen Partei wiederum mit den Sozialdemokraten für Scheidemann votierte. Dieser erhielt 147 Stimmen, während Dove mit 209 Stimmen gewählt wurde. Gegen das neue „liberale“ Präsidium läßt sich nichts sagen, wenn es auch ein eigenartiger Zustand ist, daß die stärksten Fraktionen nicht darin vertreten sind. Die Sozialdemokraten werden an dem Schmerz, aus dem Reichstagspräsidium ausgeschaltet zu sein, nicht schwer tragen, und die Herren Kaempff und Dove dürften, wenn sie immer noch Gefühle haben sollten, zu Hofe zu gehen, in Begleitung des Herrn Paasche diesmal entgegenkommendere Türhüter finden.

Kindereleid. Eine wichtige Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung bildet der Tätigkeitsbericht, den die Kinderkommission der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission von Berlin und Umgegend soeben in einem kleinen Heftchen erstattet. In einem einzigen Tage wurden im Gebiete von Groß-Berlin allein 3505 schulpflichtige Kinder morgens zwischen 5 und 8 Uhr beim Austragen von Bestungen, Müll oder Badware getroffen, trotzdem solche gewerbliche Beschäftigung der Kinder verboten ist. Unter den Angehörigen befanden sich 3505 Kinder bis herab zu fünf Jahren, 981 waren noch nicht über zehn Jahre alt. Wenn das in der Metropole des Reichs möglich ist, wie mag es erst den armen Kindern dort gehen, wo die Erwerbsverhältnisse der Eltern noch ungunstiger liegen und keine solche ehrenamtliche Kontrolle herrscht? Die Tätigkeit der Kinderschutzkommission besteht aber nicht allein in der Feststellung, sondern vor allem in der Beseitigung dieser größten Verstöbe. Zu diesem Zweck werden die Eltern und Arbeitgeber der Angehörigen belehrt und nötigenfalls verwahrt. In manchen Fällen ist es den Kontrolleuren der Partei auch möglich gewesen, der zumeist in den betroffenen Familien herrschenden dringenden Not durch Anrufung der geeigneten Institutionen etwas abzuhelfen. Man kann dem Wahnsinn der Kinderschutzkommissionen nur zustimmen: der Verwüstung des kindlichen Körpers und Geistes durch solche Kinderausnutzung mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten.

Heinrich Kämpchen, der Bergarbeiterdichter, ist am 6. März im Alter von 66 Jahren gestorben. Nach dem großen Streik im Jahre 1880 ist Kämpchen auf der Beche, auf welcher er 20 Jahre gearbeitet hatte, gemahregelt worden. Bald danach mußte er von der Knappschaff als invalid anerkannt werden. Er fing einen kleinen Handel an, der ihm in Verbindung mit der Invalidenrente den notdürftigsten Lebensunterhalt bot. In weiteren Kreisen ist Kämpchen kaum bekannt geworden, um so größer war die Liebe und Verehrung, deren er sich in den Kreisen der Bergarbeiter erfreute. Das Leben des Bergmanns, die Gefahren, die ihn umdrohen, hat Kämpchen besungen; er hat seinen Kameraden aber auch eine Menge Kampfeslieder gesungen. Selten erschien eine Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ ohne einen dichterischen Beitrag aus seiner Feder. Noch auf dem Sterbebette beschäftigte sich Kämpchen im Geiste mit dem Kampf seiner Kameraden und wenige Stunden vor seinem Tode diktierte er ein Gedicht, in welchem er bedauert, sich nicht am Kampfe beteiligen zu können und die Bergleute eindringlichst zur Einigkeit mahnt. Das Andenken des Bergarbeiterdichters wird in Ehren gehalten werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. März in Neustadt a. Misch 65 Pf., ab 1. April in Markranstädt 75 Pf., Stolpen 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 11. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Aus Anlaß eines bestimmten Falles haben mit dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes Verhandlungen stattgefunden, um die Frage der Vertretungspflicht und des Uebertritts solcher Bauarbeiter, welche in den Wintermonaten regelmäßig in der Holzbranche arbeiten, zu regeln. Diese Verhandlungen haben nunmehr zum Abschluß des nachstehenden Kartellvertrages geführt, dessen Bestimmungen wir allen unseren Zahlstellenverwaltungen zur Nachachtung empfehlen:

Kartellvertrag.

Zwischen dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband wird zur Wahrung gemeinsamer Interessen sowie zur Vermeidung von Differenzen nachstehender Kartellvertrag geschlossen:

§ 1.

Mitglieder beider Verbände, die regelmäßig während der Sommermonate als Bauarbeiter und im Winter als Holzarbeiter beschäftigt sind, sollen gehalten sein, beim Berufswechsel in die für den neuen Beruf zuständige Organi-

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Am 28. Februar begann der Reichstag die zweite Lesung des Etats. Zunächst wurde der Etat des Reichsamtes des Innern behandelt. An die Position „Gehalt des Staatssekretärs“ knüpft sich in der Regel eine Generaldebatte, die um so ergiebiger ist, als die Gebiete, für welche das Reichsamt des Innern zuständig ist, äußerst weitläufig sind. Diesmal wurden für diese Debatte, in welcher nicht weniger als 30 Abgeordnete zum Wort kamen, acht Sitzungstage in Anspruch genommen, doch steht die Menge der gehaltenen Reden nicht in rechtem Verhältnis zu der Qualität des Gebotenen. Eingeleitet wurde die Debatte durch eine große sozialpolitische Rede des Genossen Durum. In der gleichen Sitzung kam auch der frühere Staatssekretär Graf Kosdowski zum Wort. Sachkenntnis kann man diesem Abgeordneten nicht absprechen und er fand auch aufmerksame Hörer. Aber diejenigen,

fallon übertreten. Der Uebertritt erfolgt unter Anrechnung der vollen Mitgliedschaft und kann immer erst dann erfolgen, nachdem das Mitglied in dem neuen Beruf in Beschäftigung getreten ist.

§ 2.

Die Anmeldung bei der neuen Organisation hat innerhalb acht Tagen nach Eintritt der Beschäftigung zu erfolgen. Die Beitragspflicht in der neuen Organisation beginnt mit der ersten vollen Woche nach Eintritt der Arbeit in dem neuen Beruf.

§ 3.

Beide Verbände unterstützen sich gegenseitig in der Nachweisung von Arbeit an arbeitslose Mitglieder bei dem regelmäßigen Berufswechsel.

§ 4.

Der Anspruch auf Unterstützung in der neuen Organisation beginnt mit dem Tage der Anmeldung des Mitgliedes bei derselben. Bis dahin hat die alte Organisation nach Maßgabe ihres Statuts einzustehen. Nachschußkosten sind stets von der Organisation zu zahlen, die den Nachschuß genehmigt hat; auch wenn der Prozeß über den Wechsel der Organisation hinaus dauert.

Hamburg-Berlin, den 20. Februar 1912.

Deutscher Bauarbeiterverband.
V. V.: Gust. Behrendt.

Deutscher Holzarbeiterverband.
V. V.: Th. Veipart.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 33411 Hans Ingwersen, Tischl., geb. 1. 8. 79 zu Seeberg.
- 63500 Adolf Komme, Tischl., geb. 17. 4. 81 zu Unternberg.
- 99024 Otto Gerloff, Tischler, geb. 18. 4. 77 zu Priwall.
- 211429 Heinrich Hülsebusch, Tischler, geb. 30. 1. 72 zu Weimelshausen.
- 216342 Wilhelm Egdmann, Tischl., geb. 3. 4. 86 zu Lindendorf.
- 366567 G. Albernann, Tischler, geb. 30. 3. 67 zu Lüneburg.
- 480052 Anton Progorovitch, Tischler, geb. 10. 12. 87 zu Kulin.
- 567487 Ernst Sander, Tischler, geb. 16. 10. 89 zu Lemgo.
- 576976 Anton Reichelt, Tischler, geb. 10. 2. 92 zu Gidlis.
- 600130 Martha Voigt, Holzarbeiterin, geb. 18. 8. 89 zu Silenburg.
- 600656 Ant. Kreukmann, Tischl., geb. 10. 12. 90 zu Namsbed.
- 617786 Hr. Max Jocher, Holzarbeiter, geb. 5. 5. 90 zu Martrantsädt.

Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (Bürstenmacher.) Die Verhältnisse unserer Berufscollegen sind leider wenig befriedigend. Zwar brachte unser Vorgehen im Jahre 1900 einen kleinen Erfolg und auch eine sichere Unterlage für die Akkordpreise in den einzelnen Geschäften, doch die notwendig gewordene Verdiensterhöhung blieb aus. Die Arbeitgeber verstehen es, tüchtigen Kollegen das Weiden unmöglich zu machen. Die Herren Sander wollen sich überhaupt nicht ins Geschäft hineinreden lassen. Dort ist man es von den paar Gezeiten gewöhnt, daß alles mit Ja und Amen erledigt wird. Die Firma Sander u. Sohn bemühte sich schon sehr oft, durch Inserate in der „Arbeitgeberzeitung“ Ersatz und möglichst Unorganisierte zu bekommen, was ihr auch immer glückte. Die Konjunktur ist jetzt sehr gut, und so dürfte unser Vorgehen, die Akkordpreise etwas aufzubessern, auch Aussicht auf Erfolg versprechen. Unterbleibt der Zugang und sorgen unsere Kollegen im Weiche dafür, daß vorerst die Inserate der „Arbeitgeberzeitung“ keine Verächtlichung finden, dann dürfte es uns gelingen, den Arbeitgebern beizukommen.

Gladbach i. Erzgeb. Unsere Kritik der Arbeitsverhältnisse bei H. S. Wiedermann, jetzt Wiedermanns Erben, hat einen recht erfreulichen Erfolg gehabt. Die Betriebsleitung hat wohl infolgedessen die Unhaltbarkeit jener niedrigen Löhne eingesehen und diese nun um etwas aufgebessert. Die Drechsler erhielten auf fast sämtliche Akkordsätze eine Zulage von 5 bis 30 Proz. Die Maschinenarbeiter erhielten 2 Pf. Zulage pro Stunde. Aber es könnte noch besser werden, wenn sich die Kollegen bis auf den letzten Mann organisieren würden. Statt der effizienten könnte wenigstens die zehntündige Arbeitszeit eingeführt werden. Der Außenhalt im Freien nach Feierabend würde den Arbeitern sehr bequemlich sein. Heute kommt es noch vor, daß nach 7 Uhr abends noch Vorarbeiten für den nächsten Tag gemacht werden. Die Firma sucht oft Drechsler bei hohem Akkordlohn und rühmt sich, daß die Verheirateten über 4 Mk. pro Tag verdienen. Dies mag, nachdem die Preise erhöht wurden, vorkommen, doch wird solcher Verdienst nur von Leuten erzielt werden, die schon über 10 Jahre dort arbeiten und infolgedessen in allen Dingen eingerichtet sind. Wir müssen aber verlangen, daß auch der neuereingetretene Arbeiter schon von seinem Verdienst leben kann. Das zu erreichen, wird aber um so leichter möglich sein, wenn alle Arbeiter der Fabrik dem Verbande beitreten. Die Betriebsleitung hat diesmal noch nach dem Sünden georcht, der die Notiz in Nr. 7 verbrochen hat, konnte ihn aber nicht finden, weil er gar nicht in ihrem Lohn steht. Künftig wird sie sich auch damit abfinden müssen, daß ihre Arbeiter sämtlich organisiert sind und wird dann hoffentlich recht selten Anlaß zur Kritik geben.

Dürmersheim in Baden scheint sich nun auch mit seiner großen Holzindustrie einreihen zu wollen in die Mitgliedschaften des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Nachdem Kollege Egmund aus Karlsruhe nach mehreren Besprechungen eine Holzarbeiterversammlung abgehalten hat, haben sich eine große Anzahl der beschäftigten Kollegen in den Verband annehmen lassen. Es ist natürlich dort höchste Zeit, daß sich die Kollegen auf sich selbst bestimmen. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse bedürfen dringend einer Verbesserung, insbesondere in der Möbelfabrik Moser. Herr Moser hat noch eine weitere Möbelfabrik in Eßramberg. Einzelne aber sind die Arbeiter willenslose Werkzeuge, die nichts bessern können. Der gute F-ware, welcher jetzt gemacht wurde, möge auch die noch Fernstehenden zu

Erkenntnis führen, daß nur in der Einigkeit unsere Stärke liegt. Selbst wenn die Kollegen noch eine kleine Landwirtschaft nebenbei betreiben, reicht es kaum aus, um ihr Leben freisten zu können, da Dürmersheim nicht zu den billigsten Orten unserer Gegend. Wäge darum der Wunsch, daß die Jaghaften sich uns noch anschließen mögen, bald in Erfüllung gehen.

Einshorn. In der Bürstenfabrik Mag. Schäfer ist der Beschäftigungsgrad ein recht wechselnder. So müssen gegenwärtig wieder 3 Kollegen wegen Arbeitsmangel aufhören, die erst 4 bis 6 Wochen dort schaffen. Die Firma zahlt wohl den anerkannten Tarif mit 1,05 bis 1,55 Mk., doch ist dabei in der Regel nicht über 22 Mk. zu verdienen, da das Werkzeug recht verfallenerbedürftig ist. Außerdem wird von den dort Beschäftigten über die wenig freundliche Behandlung geklagt. Bei besserem Geschäftsgang wird die Firma wieder nach Arbeiter inserieren, dann wollen sich aber die Kollegen erst bei der Ortsverwaltung hier erkundigen.

Freiberg i. S. Unsere Zahlstelle hat erfreulicherweise im verflossenen Jahre einen nennenswerten Zuwachs an Mitgliedern erfahren. Die durch den Brand der Bürsten- und Pinselfabrik Gebr. Streubel für die Arbeiter entstandenen Nachteile haben bis jetzt circa 50 Arbeiter bezogen, unserem Verband beizutreten. Auch bei den Tischlern hat sich die Zahl der uns noch Fernstehenden etwas verringert, so daß wir deren heute 200 als Mitglieder zählen. Dagegen ist vorläufig wenig Aussicht vorhanden, daß die etwa 20 bei Hoberger u. Scheibe beschäftigten Storkmacher sich auf ihre Pflicht bestimmen werden. Zu einer Fabrikversammlung am 1. März erschien nicht ein einziger. Herr Hoberger hatte erklärt, wenn die Leute in den Verband eintreten würden, so würde die Firma die Fabrik schließen und ihre Mörbe aus Kommern fertig schicken lassen. Die Firma hat auch alle Ursache, die Organisation möglichst vom Betrieb fernzuhalten, dürfen doch dann bald andere Verhältnisse Platz greifen. In diesem Betrieb besteht kein Tarif für die Akkordpreise. Die Preise sind sehr niedrig und die Kollegen anderer Zahlstellen unter der Konkurrenz der genannten Firma zu leiden haben. Zu gewissen Zeiten werden Lohnabzüge vorgenommen, wenn aber der Verband mit Agitation einsetzt, so gibt es einen Freimitt Zulage. Für die Arbeiter ist es die höchste Zeit, sich gemeinsam dem Deutschen Holzarbeiterverbande anzuschließen. Denn nur dann ist es möglich, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Hainichen. Die Firma M. Schubert sucht ständig im Erzgebirge und in Thüringen Tischler auf Oram in Ophona. Dabei finden fast wöchentlich Entlassungen ohne Grund und Ursache statt, oder die Kollegen gehen von selbst, weil sie den besprochenen Lohn nicht bekommen. In diesem Betrieb sind durchschnittlich 10 bis 12 Kollegen beschäftigt und doch haben in den zwei Monaten dieses Jahres bereits 18 Kollegen den Betrieb verlassen und sind fortgezogen, weil in den anderen Betrieben keine Arbeit zu haben ist. Besonders die Verheirateten möchten wir warnen, damit es ihnen nicht so geht wie einem Kollegen, der vor Weihnachten mit Frau und Kindern nach hier zog und den Ort bereits wieder verlassen hat. Wollte er 3 bis 5 Pf. pro Stunde billiger arbeiten, so könnte er bleiben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Kollegen auffordern, besser die Versammlungen zu besuchen, denn die oben genannten Missethäter reizen nur durch schlechten Versammlungsbesuch ein.

Hersford. Ueber einen christlichen Wahlsieg in Hersford berichtet der christliche Holzarbeiter in seiner neuesten Nummer: „Bei der Gewerkschaftswahl für die Tischlerinnung in Hersford siegte die von unserem Verbande aufgestellte Liste. Unser Zahlstellenvorsitzender, Kollege Staus, wurde als Mitgeselle gewählt.“ Daß die Christen in Hersford einen derartigen Sieg erringen konnten, erklärt sich ganz einfach dadurch, daß unseren Kollegen das Stattfinden der Wahl verheimlicht wurde, während die Christen von einem Arbeitgeber unterrichtet worden waren. Die christliche Liste wurde alsdann mit ganzen 12 Stimmen gewählt! Das nennen die Christen einen glänzenden Wahlsieg. Unsere Kollegen haben natürlich Protest gegen die Wahl eingelegt.

Homburg (Bez. Kassel). Unser Tischlermeister Altstadt wandte sich kürzlich in seiner Not an unseren Verbandsarbeitsnachweis in Kassel um einen Gesellen. Als der Arbeitsnachweis sich dann als Verbandsmitglied entpuppte, tat der ehrsame Meister ganz erkaut und erklärte, solche nicht beschäftigen zu wollen. Der Kollege sollte aber die Arbeitsstelle einnehmen können, wenn er solange aus dem Verbande aussiedelt. Dazu war er aber nicht naiv genug und so zog er denn von dannen, nachdem ihm der Meister mit süßem Gesicht das Meißelgeld zurückgestallt hatte. In dem anderen, bisher besseren Betriebe am Orte ist es jetzt zu Differenzen mit dem Meister gekommen. Die Kollegen verlangten u. a. auch, daß der Lohn in der Werkstatt ausbezahlt würde, damit das lange Warten in der Wohnung des Meisters wegfiele. Da aber fünf der Kollegen der Sache gleichgültig gegenüberstehen, ist der Meister oben auf. Wenn hier erst einmal alle Kollegen einmütig zusammenhalten würden, dann müßten auch die Arbeitgeber zeitgemäße Arbeitsbedingungen einführen.

Köln. (Bergalder.) In unserer letzten Versammlung erriete Kollege Ducting den Jahresbericht. Dabei konnte erfreulicherweise konstatiert werden, daß die Versammlungen immer gut besucht waren. Für die Kollegen der Firma Koenemann fanden verschiedentlich Hausagitationen statt. Dort ist heute ein großer Teil der Kollegen organisiert. Dieser größte Betrieb am Orte stand uns früher vollständig fern. Der Arbeitsnachweis, welcher im vergangenen Jahre eingeführt wurde, fand das rege Interesse der Kollegen. Die Lohnbewegung in den 4 Betrieben umfaßte 20 Personen, für die ohne besondere eigene Opfer ein bedeutender Schritt vorwärts durch den Einfluß des Verbandes getan worden ist. Kollege Quetting betonte, daß er vor 5 Jahren die Leitung mit 65 Mitgliedern übernommen habe. Heute zähle die Sektion 235 Mitglieder. Durch festen Zusammenhalt läßt sich etwas erringen, das zeigte die Lohnbewegung. Die Sektionsleitung wurde so dann fast in gleicher Zusammenziehung wiedergewählt.

Landenberg am Lech. (Ein prägnanter Schreinermeister.) Einen heiligen Respekt vor den Organisierten hat der Schreinermeister und Gemeindevorstand Kollege Schwarz Gouler Georg Obermeier. Spricht ein Kollege in dieser Rede vor, so ist die erste Frage dieses Herrn: „Satz im Verband?“ Wird die Frage bejaht, dann heißt es: „No firmas scho wieder geh, i brauch loan.“ Trotzdem hat genannter Herr stets im hiesigen Arbeitsamt junge Schreiner ausgeschrieben. Er kann natürlich nur junge, unorganisierte Gesellen brauchen, um sie gründlich für seinen Vorteil auszunutzen. Hat wirklich ein Kollege die Dreistigkeit, den tarifmäßigen Lohn zu verlangen, so wird dieser als „frecher Bürsche“ bezeichnet. Letzte Woche hatte ein Geselle, der bei ihm aus der Lehre ist, bei einer Arbeit einen kleinen nichtssagenden Fehler gemacht. Der liebenswürdige Herr Meister drückte ihn in eine Ecke und ließ dann seine Faust ganz kunstgerecht auf den „Sawerwerrecher“ niederlageln. Dieser Geselle getraute sich der Organisation bis jetzt nicht beizutreten, da er beim Meister in Kost und Logis war und strenge Bestrafung hatte, nicht dem Verband, sondern dem Gesellenverein mit der tariflich festgesetzten Arbeitszeit auch nicht sehr genau nimmt, braucht nicht weiter erwähnt zu werden. Die Kollegen werden gut tun, den hiesigen Meister nicht allzu sehr zu überlaufen.

Salzwedel. Unsere Mitgliederveranstaltungen lassen immer viel zu wünschen übrig, die Mehrzahl der Kollegen treibt ihr Spiel in Klubvereinen. Galtten wir eine Versammlung Sonntags ab, dann kommen die auswärtigen Kollegen, die hiesigen aber nicht, Sonnabends kommen einige hiesige, in der Woche fast gar keine. Kollegen, das muß anders werden, so kommen wir nicht weiter. Die nächste Versammlung findet am 23. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Klant statt. Es wird der Bericht vom Gauitag in Magdeburg gegeben, außerdem soll ein Kandidat zum Verbandstag aufgestellt werden. Am Sonntag, den 21. April, findet eine Generalversammlung und die Delegiertenwahl zum Verbandstag statt.

Regelart. Der Geschäftsbericht des Premier „Bullau“ macht den Aktionären die für sie erfreuliche Mitteilung, daß der „Entbehrungslohn“ für deren aufreißende Tätigkeit diesmal in einer schmerzhaften Dürstende bestanden wird. Wie diese gute Verzinsung des Aktientapitals aus den Arbeitern herausgewirtschaftet worden ist, verrät man allerdings nicht. Es heißt nur, daß die Arbeiterzahl gegen Ende des Jahres um ein Bedeutendes vermehrt wurde. Die hiesige Werft des „Bullau“ hat denn auch tatsächlich in letzter Zeit viel neue Arbeiter eingestellt, von denen allerdings viele bald wieder den Ort verlassen haben. So kamen kürzlich auf ein Zeitungsinserat nach Wobesitzlern für „dauernde Arbeit bei hohem Lohn“ Kollegen nach hier. Am 21. Februar wurden aber allein 20 Kollegen entlassen und dafür andere angenommen. Der Wechsel ist überhaupt stark, denn bei 38 bis 42 Pf. Einstellungslohn ist nichts zu holen. Der Einstellung geht eine ärztliche Untersuchung voraus, für die 1 Mk. vom ersten Lohn abgezogen wird. Das Werkzeug müssen die Kollegen mit 35, 35 Mk. von der Werft kaufen, wofür wöchentlich eine Mark abgezahlt ist. Aber vor der Tilgung der Schuld den Betrieb verläßt, hat den Rest sofort zu zahlen, andernfalls rechnet dieser die gefällige Abzahlung für die Abnutzung auf und behält das Werkzeug zurück. Was Gelegenheit und Kleiderfunde gibt es nicht, dafür aber Geldstrafen bis zu 2 Mk. Wer sich also vor Schaden schützen will, frage erst bei der Ortsverwaltung an, ehe er hierher kommt. Bekommt die Firma keine Tischler, dann ist sie auch gezwungen, menschenwürdige Zustände zu schaffen und den Lohn aufzubessern. Es geht zum Sommer und da zählt ein Dorfmeister bald mehr.

Unsere Lohnbewegung.

In rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind die Vorbereitungen für die Tarifverhandlungen jetzt soweit gediehen, daß diese selbst am 13. März in Essen beginnen können. Die Leitung der Verhandlungen ruht in den Händen des Beigeordneten Nash in Essen. Es ist vereinbart, daß zunächst die allgemeinen Fragen, wie Dauer der Verträge, Vertragsmuster usw. von der im bestehenden Vertrag vorgezeichneten Einigungscommission unter Zuziehung der Zentralvorstände erledigt werden. Wenn über diese Dinge eine Verständigung herbeigeführt ist, wird über den materiellen Inhalt der Verträge verhandelt. Hierzu werden dann die Vertreter der örtlichen Parteien nacheinander nach Essen geladen werden.

In Bielefeld hat die Aussperrung der Bau- und Möbelfabrik den erwarteten größeren Umfang und damit schärfere Formen angenommen. Die Zahl der Aussperrten ist auf 51 gestiegen. Die Meister versuchen durch Inserate in auswärtigen Zeitungen Arbeitswillige heranzuziehen, um das Häuflein ihrer Getreuen, das jetzt sieben beträgt, zu vermehren. Die Polizei nimmt sich der „nützlichen Elemente“ Lieblich an. Wie weit der Terror der Arbeitgeber geht, ergibt die Tatsache, daß bei Stoth einige Kollegen zugleich mit der Entlassung die Wohnung gekündigt wurde. Ein Kleinmeister, der nicht aussperrn wollte, wurde von den Scharfmachern so lange überzeugt, bis er sich fügte. Trotz alledem sind die Kollegen nicht im Zweifel, daß ihnen der aufgezwungene Kampf den Erfolg bringen wird.

In Burgdamm b. Bremen stehen sämtliche 42 Sägewerksarbeiter der Firma Boffe u. Co. seit dem 1. März im Streik. Am diesem Tage ließ der feitherrige Vertrag ab. Die Kollegen verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine den Leuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Löhne. Die Firma lehnte ersteres ganz ab und machte auch in der Lohnfrage kein genügendes Angebot, so daß den Kollegen nichts anderes übrig blieb als die Arbeit niederzulegen. Zugang von Sägerei- und Hilfsarbeiter ist deshalb streng fernzuhalten. Dagegen gelang es, mit der Firma N. Dieckhoff, Zigarettenfabrik, wo der Vertrag ebenfalls am 1. März abließ, zu einer Verständigung zu kommen. Die Arbeitszeit wird sofort von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt und sämtliche Löhne werden einschließlich um 4 Pf. erhöht. Ferner tritt jeweils am 1. März 1913, 1914 und

1915 eine Lohnerhöhung um einen Pfennig in Kraft. Eine Anzahl schlecht gestellter Akkordpositionen wurde aufgehoben, wie auch sonst der neue bis zum 1. März 1916 laufende Vertrag manderlei Verbesserungen vorstelt. Daß dieser schöne Erfolg erzielt werden konnte, ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß die Arbeiter bis auf den letzten Mann organisiert sind.

In Darmstadt sind die Arbeiter der Darmstädter Möbelfabrik G. m. b. H. wegen fortgesetzten Tarifbruchs am 9. März in den Ausstand getreten. Zugung von Schreibern, Maschinenarbeitern, Feigern und Polierern ist streng fernzuhalten.

In Fürstentberg a. O. sind die Korbmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Hettstedt ist der Kampf im Nettel-Camerawerk heftig. Das strikte Kolonnenstufen konnte nicht voll abgewehrt werden, doch hat sich jetzt die Firma bereit gefunden, bei seiner Einführung keine Akkordlöhne vorzunehmen und den früheren Durchschnittsverdienst zu garantieren. Die Arbeitsaufnahme geht jetzt nur langsam voran, so daß noch einige Kollegen eine Zeitlang arbeitslos bleiben werden.

In Kassel ist der neu abgeschlossene Tarifvertrag fast in allen Betrieben ohne ernstlichen Widerspruch anerkannt worden. Eine unbillige Ausnahme macht der Hofschlössermeister Fr. L. Vogt. Er sagte, daß er als Hofschlössermeister über den anderen Meistern stehe, ihm gehe weder Anhang noch Schutzbund etwas an. Hierauf legten sämtliche Holzarbeiter bei Vogt die Arbeit nieder. Die Wertstätte Vogt ist nun gesperrt. Vogt bemüht sich sehr um Arbeitskräfte. Er schreibt an die Tischler, die früher bei ihm beschäftigt waren und bietet sogar hohen Stundenlohn. Vorher zahlte er Löhne von 32 Pf. Ferner mußte die Tischlerei des Hofschlössermeisters Kesselfamer gesperrt werden, weil auch hier der Vertrag nicht anerkannt wurde.

In der Wilhelmstraße in Kassel von Zimmerer u. Witte in W. B. Hof bei Kassel legten ebenfalls die Tischler die Arbeit nieder wegen der ganz traurigen niedrigen Löhne. Diese Firma zahlt ihren Leuten zwischen 30 bis 42 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Schon lange hatten unsere Kollegen um Lohnzulagen gebeten, wurden aber stets abgewiesen. Auch hier bitten wir den Zugang fernzuhalten.

In Schmöln hat die Bahnbüchsenfabrik John den Polierern der Celluloidbranche eine 43prozentige Lohnreduzierung angekündigt, welche am 25. März in Kraft treten soll. Dieses sollte schon am 5. März ohne Einhaltung der gesetzlichen Frist sofort eintreten, wurde aber durch den Zusammenhalt der 23 Arbeiter zurückgewiesen. Sämtliche Beteiligten kündigten aus diesem Anlaß ihr Arbeitsverhältnis. Wir ersuchen nun die Kollegenchaft allerwärts, den Zugang nach dieser Firma fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Ein erstes Wort an die Korbmacher.

Von einem Berliner Kollegen geht uns nachstehender Mahnruf zu, der uns der Beachtung aller Beteiligten wert scheint.

K. W. Die wenigen Berichte, welche von den Korbmachern in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht werden, lassen erkennen, daß deren wirtschaftliche Lage in allen Orten eine verzweifelte ist. Es besteht leider die Tatsache, daß die Korbmacher ihre traurigen Verhältnisse nicht erkennen. Wäre das der Fall, so müßten sie diese mehr als bisher in der Zeitung besprechen. In keinem Beruf, welcher dem Holzarbeiterverband angeschlossen ist, werden die Verhältnisse so traurig verhältnismäßig so viel Arbeiter gesucht wie in der Korbmacherei. Wenn trotzdem in den Großstädten immer einige Kollegen arbeitslos sind, so ist allgemein genommen doch die Nachfrage größer als das Angebot. Den Beweis liefern die für die Branche maßgebenden Zeitungen. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurden in der „Holzarbeiterzeitung“ 160, in der „Deutschen Korbmacherei-Zeitung“ 42 Korbmacher gesucht, außerdem noch 23 nach dem Auslande, also zusammen 225 Gehilfen. Hiervon entfallen auf die einzelnen Branchen: Geßell 88, Geschlagen 66, Rohr 40 und Grün 31. Dabei sind dort, wo mehrere Gehilfen gesucht wurden, immer nur 2 gerechnet, auch sind wiederkehrende Nennungen nur einmal gezählt. Wenn in einem anderen Berufe ein solches Verhältnis zu verzeichnen wäre, würden die Kollegen keinen Augenblick veräumen, um die günstige Situation für sich auszunutzen.

Was geschieht bei uns? So gut wie nichts! Und doch tut es gerade bei uns not, denn nirgends können die Verhältnisse so traurig sein wie bei den Korbmachern! In Nr. 8 der „Holzarbeiterzeitung“ wird über die Lohnbewegungen der Korbmacher im Jahre 1911 berichtet. Dort ergibt sich, daß es einige Orte verstanden haben, ihre Lage zu verbessern. Wir finden aber auch, daß in manchen Orten die köstliche Arbeitszeit erst erkämpft werden mußte. Das ist kein Vorwurf für die Kollegen, wenn man weiß, wie schwer es ist, mehr herauszuholen. Bei der gewaltigen Konkurrenz, die von außen droht, muß es unsere nächste Aufgabe sein, diese zu beseitigen.

In erster Linie heißt es, die Kollegen organisieren. Um das zu erreichen, müssen die Kollegen zunächst untereinander in Verbindung treten, müssen sie die Zentralkommission von allen Vorkommnissen unterrichten, was bis jetzt so gut wie nicht geschehen ist, was aber unbedingt geschehen muß, wenn diese funktionieren soll. Um die Kollegen in den kleinen Städten zu organisieren, brauchen wir hauptsächlich die reisenden Kollegen. Die Ausgabten an Reiseunterstützung beweisen, daß die Korbmacher wohl unter dem Einfluß der traurigen Verhältnisse besonders viel reisen. Der Stellenwechsel läßt sie eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen. Leider gehen die Kollegen oftmals aus einer Wertstatt fort, ohne überhaupt Farbe bekant oder den Versuch gemacht zu haben, die Nebenarbeiter von dem Nutzen der Organisation zu überzeugen.

Einen weiteren Weg böte eine Konferenz, welche sich mit der Lage in der Korbmacherei zu beschäftigen hätte. Als im Jahre 1905 die Konferenz der Korbmacher abgehalten wurde, war die Hauptarbeit in der Korb-

macherei: Geschlagen, Rohr und Grün. Seitdem hat aber die Werkstatt eine Ausdehnung gewonnen, die damals wohl keiner vorausah. So erfreulich es ist, daß der Korbmacher darin ein Arbeitsgebiet erstreckt, das bessere Arbeit und besseren Lohn zu bieten vermag, so mühten wir doch bald erleben, daß die Kollegen selbst die Hand zur Niederhaltung der Löhne boten. Korbmacher, die bis dahin unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen bei 10, 12 oder 15 Wt. Wochenverdienst gearbeitet hatten, waren zufrieden, auf Gehalte 1 oder 2 Wt. mehr zu erreichen und verdarben dadurch die Preise.

Dem neu entstandenen Arbeitszweig droht aber noch eine andere ernste Gefahr: die Nachrede der Käufer durch die Schundware. Einige gewissenlose Unternehmer treiben direkt Raubbau, und Kollegen geben sich dazu her, diese Meister zu unterstützen. In Berlin kann man stets beobachten, wie solche Arbeiten auf den Markt geschleudert werden, die die Kundenschaft verzaubern müssen. Wie lange sollen z. B. Stühle aus Rohr veräußert bleiben, wenn sich kein Mensch darauf setzen darf? Was soll so ein Stuhl aushalten, wenn die Lehne kaum 15 Millimeter stark sind, der Stühel ist noch schwächer? Wer einmal einen solchen Stuhl gekauft hat, läßt die Finger davon. Vielen Unternehmern mag es gleichgültig sein, wie lange dieses ausschweifende Geschäft geht, für sie ist die Hauptsache, in kurzer Zeit das Feld abzugrasen. Aber unseren Kollegen darf es nicht gleichgültig sein. Sie müssen den Grundtat vertreten: Gute Arbeit und guten Lohn. Die Kollegen denken nicht an die Zukunft, wenn sie auf Geheiß der Meister solche die ganze Branche schädigende schlechte Ware in die Welt setzen. Erschwerend für unsere Verbändarbeit ist freilich, daß sich immer wieder an anderen Orten solche Betriebe aufbauen, doch ermöglicht uns gerade hier die weite Ausdehnung des Industrieverbandes, schnell Hülfe zu bekommen.

Das traurigste Kapitel aus der Korbmacherei aber bildet die Geschäfte der Geschloßkörbe. Sie spricht Hohn über die staatlichen Aufträge. So lange noch auf diese Arbeit ein einigermaßen auskömmlicher Lohn zu erzielen war, brängte sich alles danach. Das hatte gar bald einen erheblichen Rückgang der Lohnhöhe zur Folge. Heute sind die Preise für Geschloßkörbe so weit gesunken, daß die Kollegen nur mit Widerwillen an solche Arbeit gehen. Es ist stille geworden von dem Jubel über die Geschloßkörbaufträge. Die Preise stehen tiefer als die der Privatarbeiten und es ist keine Hoffnung auf baldige Erhöhung. Die Korbmacher sind auch hier ihrer alten Tradition treu geblieben: mit dem Unterbieten nicht eher zu ruhen, bis sie bei voller Beschäftigung hungern müssen. Bei 17 bis 24 Wt., welche heute auf Geschloßkörbe verdient werden, dürfte das Ziel wieder einmal erreicht sein.

Diese und so viele Fragen anderer Spezialbranchen lassen eine Aussprache der Berufs Kollegen erwünscht erscheinen. Das Notwendigste aber ist und bleibt: allen Kollegen zu zeigen, daß es in ihrer Hand liegt, bessernd in die Verhältnisse einzugreifen. Was andere Berufe in langer mühevoller Arbeit errangen, das muß auch den Korbmachern Ziel und Wirklichkeit werden.

Von den schweren Sorgen des Unternehmertums, das bekanntlich erst durch seine anstrengende geistige Arbeit dem Arbeiter zu Brot verhilft, gibt eine Nachricht aus Frankreich ein treffendes Bild. Dort ist im Hafen von Mülhausen die Kolner Lustjacht „Parthos“ von dem Behörden angehalten worden, weil man ihre Insassen der Spionage verdächtig hielt. Aber der Verdacht erwies sich als unbegründet, die Herren fuhren wirklich nur zu ihrem Vergnügen in der Welt herum. Der Vorgang hat für unsere Kollegen aber dadurch ein gewisses Interesse, als der Besitzer der Jacht, Herr Ferdinand van der Bypen, auch Mitbesitzer der bekannten Kölner Waggonfabrik ist und als solcher natürlich mit an der „schweren Verantwortung“ des Fabrikherrn trägt. Diese nimmt seine Arbeitskraft so ungeheuer in Anspruch, daß er die meiste Zeit im Jahre in der Welt umhergondeln kann und sich zu diesem Zweck ab und zu ein neues Auto oder eine neue Lustjacht leistet. Vor einigen Jahren wurde derselbe junge Herr mit einer anderen Lustjacht „Wilhelmine“ auf der Maas ebenfalls zu Unrecht angehalten. Die Sorgen des Großunternehmertums sind doch schwer.

Gewerkschaftliches.

Noch einmal „Die praktischen Winke für die Zimmererbewegung“.

Die Kritik, die wir an einem Kapitel in der neuesten Auflage der „Praktischen Winke“ geübt haben (Siehe Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“), hat den grimmen Jörn des „Zimmerer“ erregt, der das schwerste Geschick gegen uns aufährt. Das nötigt uns, noch einmal auf den Gegenstand zurückzukommen. Vorweg möchten wir aber einige Kleinigkeiten erledigen. Der „Zimmerer“ regt sich über den „anonymen“ Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ auf, er läßt aber seine eigene Antikritik ebenfalls ohne Unterschrift in die Welt gehen. Wir nehmen das allerdings nicht tragisch, denn man erkennt ohnehin den Vogel an seinen Federn.

So ganz unbekannt dürfte übrigens dem Genossen Bringmann der Verfasser des Artikels in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht sein. Als wir im Jahre 1910 eine Kritik der damals erschienenen dritten Auflage der „Praktischen Winke“ brachten (Siehe „Holzarbeiter-Zeitung“ Jahrgang 1910 S. 27), hat er sich bei uns nach dem Verfasser des Artikels erkundigt. Damals ist ihm mitgeteilt worden, daß derartige Sachen vom Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschrieben werden. Bringmann hatte allerdings einen anderen als Autor vermutet und als sich seine Vermutung als irrig erwies, beschränkte er sich darauf, in einer Erklärung im „Zimmerer“ unsere Kritik als „Schmutzartikel“ zu bezeichnen. Daß er es diesmal unternimmt, sozusagen sachlich auf unsere Kritik einzugehen, ist immerhin anerkennenswert, aber es ist auch tatsächlich das einzige nennenswerte an seiner Leistung.

Schon die Tatsache, daß wir es überhaupt gewagt haben, an dem Buch Kritik zu üben, findet der „Zimmerer“ tadelswürdig. Er erhebt gegen unseren Verbandsvorstand den Vorwurf, daß er das ihm auf dem Tauschwege zugegangene Buch durch die an ihm geliebte Kritik in unzulässiger Weise verurteilt habe. Dazu ist zunächst zu sagen, daß unser Verbandsvorstand mit dem in Frage stehenden Artikel absolut nichts zu tun hat. Er hat lediglich dem Ersuchen des Zentralvorstandes des Zimmererverbandes stattgegeben, welcher ihm zwei Exemplare des Buches zustandte mit der Bitte, ein Exemplar der Redaktion des Verbandsorgans zu übermitteln. Drucksachen, die uns so zugehen, werden von uns, je nachdem, entweder lediglich als Eingang registriert oder auch einer näheren Besprechung unterzogen. Das ist allgemeiner Brauch in den Zeitungsredaktionen und dürfte wohl auch in der Redaktion des „Zimmerer“ nicht ganz unbekannt sein.

Ein Satz aus diesem Teil seines Artikels ist für die Geistesverfassung August Bringmanns charakteristisch. Er schreibt:

„Der gegenseitige Literaturauslaß (zwischen den Zentralvorständen) hat seine Bedeutung, man lernt daraus mancherlei organisatorische Mängel und Schwächen kennen, insbesondere aus der Literatur des Holzarbeiterverbandes.“

Gegen die Ueberhebung, die aus diesen Worten spricht, polemisiert man nicht; das hängt man einfach niedriger.

Werkwürdig berührt bei dem vorliegenden Artikel des „Zimmerer“ das Vertreten hinter die Generalversammlung des Zimmererverbandes. Wir haben uns aber nur mit den „Praktischen Winke“ bezug, mit dem darin enthaltenen Artikel „Verbandspolitik“ beschäftigt, und wir müssen unser Urteil, daß in diesem Artikel hinsichtlich der Organisationsform rüchständig-jünftlerische Ansichten vertreten werden, aufrechterhalten. „Nicht rüchständig-jünftlerisch“, haben wir gesagt, „mutet die Lehre der „Praktischen Winke“ an, daß es ein Fehler sei, gelernte bzw. qualifizierte Arbeiter mit ungelerten Hilfsarbeitern in eine gemeinsame Organisation zusammenzupferchen.“ Darüber gleißelt der „Zimmerer“ glatt hinweg; er erzählt seinen Lesern, daß „jene Gewerkschaftsbeamten, welche die Gewerkschaften in andere Bahnen lenken möchten“, an den Beschlüssen der Generalversammlungen und an den „Praktischen Winke“ auszuweichen haben, daß sie demokratisch sind und den Gewerkschaftsmitgliedern nicht bloß das eine Recht zuweisen, Beiträge zu zahlen und den Mund zu halten, genug, daß sie sich auf der Basis des historischen Klassenkampfes halten.“

Wir kennen die Weise und kennen den Text. Das ist die Melodie, die in den Organen der Anarcho-Sozialisten gesungen wird. Dieser Versuch, einen Gegensatz zwischen den „Führern“ und den „Massen“ zu konstruieren, scheitert aber an dem gesunden Sinn der umschmeichelten Massen. Wir haben nachgewiesen, daß es nur Nebenarten sind, wenn in den „Praktischen Winke“ der Anschein zu erwecken gesucht wird, als sei der Aufbau des Zimmererverbandes im Gegensatz zu dem anderer Gewerkschaften besonders demokratisch. Den Verfassungen der Zentralverbände liegt durchweg der Gedanke zugrunde, daß das Selbstbestimmungsrecht des einzelnen Mitgliedes und der örtlichen Mitgliedschaften im Interesse der Gesamtorganisation gewisse Beschränkungen erfahren muß. Deshalb wird in der Regel die Unterstützung einer Lohnbewegung aus der Zentralkasse davon abhängig gemacht, daß rechtzeitig vorher die Zustimmung des Zentralvorstandes zu dem Vorhaben eingeholt wurde. Diese Einrichtung besteht auch im Zimmererverband. In der in Frage stehenden Abhandlung wird aber dieses klare Verhältnis durch einen Mist von Nebenarten umschrieben. Da ist von dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder und der Verbandszahlstellen die Rede. Dann aber wird die höhere Befähigung der Zentralkasse betont, die allgemeinen Faktoren zu beobachten und zu würdigen, und schließlich wird gesagt, daß der Verbandsvorstand das Recht hat, im gegebenen Fall die Unterstützung aus der Zentralkasse zu verweigern. Mit Bezug hierauf haben wir darauf hingewiesen, daß ungeachtet der großen Worte auch im Zimmererverband mit Wasser gelocht wird, denn die hier in Betracht kommenden Verhältnisse sind denen in den anderen Zentralverbänden durchaus ähnlich.

Der „Zimmerer“ wendet den Kunstgriff an, das von uns gebrauchte Wort „rüchständig-jünftlerisch“ auf das Verhältnis zwischen Zentralvorstand und Mitglieder zu beziehen; dagegen erwähnt er in seinem Artikel die Lehre, daß sich die gelernten Arbeiter von den ungelerten in eigenen Organisationen absondern müssen, auf welche jenes Wort gemünzt war, mit keiner Silbe. Dabei hat er den eigenartigen Mut, es uns als Vorwurf anzurechnen, daß wir das kritisierte Kapitel aus den „Praktischen Winke“ nicht einfach abgedruckt haben. Dazu hatten wir allerdings keine Veranlassung. Aber wir haben die Gedankengänge richtig wiedergegeben, was wir vom „Zimmerer“ in bezug auf unseren Artikel nicht sagen können. Er hat überhaupt eine eigenartige Zitiermethode. Er drückt ein Stück aus dem Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“ ab und nennt das einen „Schrieb“. Mit dieser Bereicherung des deutschen Wortschatzes soll anscheinend der Begriff des Verächtlichen, Wegwerfenden verbunden sein. Von den 14 Zeilen dieses „Schriebs“ sind aber 10 ein wörtlicher Abdruck aus den „Praktischen Winke“ und als solcher von uns kenntlich gemacht. Der „Zimmerer“ setzt jedoch diesen „Schrieb“ ganz auf unser Konto.

Es handelt sich hierbei darum, daß wir das als Freibeutertaktik gekennzeichnet haben, was die „Praktischen

Wille" als das unter normalen Verhältnissen wirksamste gewerkschaftliche Kampfmittel empfohlen. Dieses Mittel besteht darin, daß immer eine kleine, aber für die betreffende Industrie oder den Betrieb wichtige Arbeitergruppe energisch vorgeht, unbestimmt um die anderen. Die einzelnen Arbeitergruppen müssen Aktionsfreiheit haben. Bei dem Kampf verfolgt diese Arbeitergruppe immer nur die eigenen unmittelbaren Interessen". Auch in dieser Beziehung müssen wir unser Urteil durchaus aufrechterhalten. Man bedenke doch nur die Konsequenzen der hier gepredigten Taktik. Die kleine Gruppe stellt die Arbeit ein und provoziert dadurch eine Aussperrung, unbekümmert darum, ob die anderen in Betracht kommenden Organisationen darauf vorbereitet sind oder nicht. Werden dieser kleinen Gruppe befriedigende Zugeständnisse gemacht, dann nimmt sie, wiederum unbekümmert um das Schicksal der übrigen, die Arbeit wieder auf, denn sie kämpft ja immer nur für die eigenen unmittelbaren Interessen".

Die praktischen Beispiele, welche der „Zimmerer“ bringt, um uns ins Unrecht zu setzen, treffen sämtlich daneben. Bei dem Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe handelte es sich nicht um ein Vorgehen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, sondern um eine Arbeits-einstellung als Protest gegen die Maßregelung von Kollegen. Auch die Hamburger Holzarbeiter waren im vorigen Jahre weit davon entfernt, nach dem Rezept des „Zimmerer“ zu operieren. Sie wollten anfangs nicht den Kampf auf der ganzen Linie, sondern sie suchten die bei den Unternehmern so gefürchtete Methode der „Einzelschlichtung“ zur Anwendung zu bringen. Dabei sollte die zuerst in den Streik getretene Gruppe keineswegs „nur für die eigenen unmittelbaren Interessen“ kämpfen, sondern die dirigierende Streikleitung hatte bei allen ihren Maßnahmen das Gesamtinteresse der Hamburger Holzarbeiter im Auge. Allenfalls könnte man sagen, daß die „Zimmerer“-Taktik früher öfters auf den Werken zur Anwendung kam. Aber gerade um dieser gemeinschaftlichen Taktik entgegenzutreten, wurden die in unserem Artikel erwähnten Vereinbarungen zwischen den Organisationen getroffen.

In den Haaren herbeigezogen ist die Bezugnahme auf die Aussperrung der Porzellanarbeiter. Die Differenzen, die zur Aussperrung führten, begannen damit, daß einige Dreher sich weigerten, eine neue Arbeit anzufertigen, ehe ein angemessener Preis vereinbart war. Für die Frage, ob es unter normalen Verhältnissen richtig ist, daß zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen eine kleine Gruppe von Arbeitern unabhängig von den übrigen vorgeht und nur für die eigenen unmittelbaren Interessen kämpft, scheidet dieser Fall völlig aus. Die Taktik ist ja auch gar nicht von den Arbeitern, sondern von den Unternehmern bestimmt worden, die durch die Weigerung einen angemessenen Preis zu zahlen, den Konflikt heraufbeschworen. „Der anonyme Artikelschreiber“ des „Zimmerer“, um uns dessen höflicher Ausdrucksweise zu bedienen, merkt an, scheinend, daß er mit sachlichen Argumenten nicht durchkommt, er greift deshalb zu Verdächtigungen. „Hier wird also“, so führt der „Zimmerer“ aus, „ein Kampf geführt und zu seiner Unterstützung die gesamte Arbeiterschaft aufgerufen zu dem Zweck, die Aktionsfreiheit einer kleinen Arbeitergruppe zu verteidigen.“ Mit Verlaub, verehrter „Zimmerer“, das ist nicht wahr! Der Kampf wird geführt, wie es ganz zutreffend in dem Aufruf der Generalkommission heißt, „um das wichtigste gewerkschaftliche Recht, die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Damit fallen auch die Einwürfe des „Zimmerers“ glatt zu Boden. Gegen die Unterstellung, als wolle sie die Hilfsaktion zugunsten der Porzellanarbeiter stören, braucht sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht zu verteidigen.

Der ganze Artikel des „Zimmerers“ ist ein treffender Beweis dafür, wela fatale Folgen es nach sich zieht, wenn man von dem Wahn befallen wird, ein Reformator der Gewerkschaftsbewegung zu werden und dieser Theorie predigt, die allen praktischen Erfahrungen Dohn sprechen. Die Dinge liegen doch wohl so, daß man je nach Lage des Falles das eine Mal eine kleine Gruppe im Kampf voranschickt, sie auch wohl einmal einen Kampf allein ausfechten läßt, während das andere Mal ein Angriff in breiterer Front mehr Erfolg verspricht. Welche Methode die bessere ist, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Der wichtigste Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung aber ist die Solidarität. Das heißt auf der einen Seite: gelehrte und ungelernete Arbeiter des gleichen Berufes dürfen sich nicht voneinander absondern, und um jederzeit umfassen zu sein, eine Aktion durchzuführen, werden sie am besten in eine gemeinsame Organisation zusammengefaßt. Auf der anderen Seite ist es ein Erfordernis der Solidarität, daß die Organisationen aufeinander Rücksicht nehmen, insbesondere in den Fällen, wo das Vorgehen der einen Organisation geeignet ist, andere in Mitleidenschaft zu ziehen. Unter allen Umständen zu verwerfen ist der vom „Zimmerer“ gepredigte Grundsatz, daß jede Arbeitergruppe, ohne Rücksicht auf die anderen, nur für die eigenen unmittelbaren Interessen zu kämpfen hat, denn das führt zur gewerkschaftlichen Anarchie.

Der Streik der Ruhrbergleute.

Die Ruhrbergleute haben die Proben hingeworfen. Am 10. März fand in Herne eine Revierkonferenz statt, welche von etwa 60 Vertretern der verbündeten Organisationen besucht war. Hier wurde der Streik mit beträchtlicher Mehrheit beschlossen. In 10 Versammlungen, die am gleichen Tage stattfanden, haben die Ruhr-

bergleute den Beschlüssen ihrer Vertreter mit Begeisterung zugestimmt. Seit dem 11. März ruht die Arbeit in dem größten deutschen Bergbaubezirk. Damit hat ein Kampf begonnen, dessen Folgen und Wirkungen noch nicht abzusehen sind. Lange genug haben die Bergleute gewartet, daß die Bergbesitzer auch ihnen einen angemessenen Teil von den in den letzten Jahren fleißig gesteigerten Profitten in Gestalt von Lohn erhöhungen abgeben werden. Aber die Profitsucht der Bergbesitzer ist unerfüllbar; sie wird nur übertroffen von ihrer Herrschsucht.

Während sich im allgemeinen die Unternehmern, wenn auch mit Widerstreben, daran gewöhnen, in den Organisationen der Arbeiter deren legitime Vertretung zu erblicken, bestreiten die Bergwerksbesitzer den Arbeitern das Koalitionsrecht. Sie selbst haben eine ausgezeichnete Organisation, mit deren Hilfe sie die Preise diktieren, und zwar so, daß diese „Patrioten“ den inländischen Verbrauchern höhere Preise abnehmen als dem Ausland. Aber die Organisationen der Arbeiter erkennen sie nicht an. Ist es nicht ein Zufall, daß sich der Bergbesitzer den Organisationen der Arbeiter gegenüber als inzulänglich erklärte, über die Höhe zu verhandeln? Die Verbände wurden an die einzelnen Berge verwiesen und hier wiederholte sich das Spiel. Mit den Verbänden zu verhandeln, lehnten die Bergbesitzer ab, nur die auf Grund des Gesetzes gebildeten Arbeiterausschüsse wollen sie als Vertretung der Arbeiter anerkennen, aber — das Gesetz schreibt vor, daß die Arbeiterausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig sind. Es blieb den Arbeitern nichts übrig, als den übermütigen Herren durch die gemeinsame Arbeitsniederlegung wieder zu Gemüte zu führen, daß die Arbeiterschaft der wichtigste Faktor in der Produktion ist.

Der Kampf gegen die übermütigen Bergbesitzer wird schwer werden; darüber besteht nirgends ein Zweifel. Die Bergarbeiter kämpfen nicht nur gegen das übermächtige Kapital, welches sich der vollen Unterstützung der Staatsgewalt erfreut; von vornherein macht sich der Verrat in den eigenen Reihen bemerklich. Daß die gelben Arbeitervereine und die evangelischen Arbeitervereine entsprechend der Aufgabe, die ihnen von ihren Gründern und Protokollanten zugewiesen ist, bereit sind, Streikbrecherdienste zu leisten, ist selbstverständlich, aber diese Handvoll Trauerklöße hat trotz des großen Mundwerkes, das sie auszeichnet, keine Bedeutung. Wichtig ist der Umstand, daß der Zentrumsgewerksverband in der Vergleite die Maske abgelegt hat und offen ins gelbe Lager abgeschwenkt ist. Die Führer der christlichen Gewerkschaften predigen den Streikbruch. Die Verechtigung der Forderungen ihrer Kameraden wagen sie nicht zu bestreiten, aber sie wollen der Welt weismachen, daß sie den unbestimmten Versprechungen der Grubenherren Vertrauen entgegenbringen. Die so oft genarrten Vergleite sollen sich wieder durch Nebenarten täuschen lassen. Es ist ein frevelhaftes, aber auch ein sehr gewagtes Spiel, welches die Führer der Christen spielen. Inwiefern die Spekulation auf die Wechsellagerung und Anheftigkeit ihrer Anhänger Erfolg hat, werden schon die nächsten Tage zeigen.

Am 7. März hat eine vom Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück einberufene Konferenz stattgefunden, an welcher eine Anzahl von den Bergarbeitern naheliegenden Abgeordneten teilgenommen haben. In dieser Konferenz soll den Arbeitern geraten worden sein, durch die Arbeiterausschüsse bei den Werksverwaltungen vorstellig zu werden. Das war ein sehr billiger Rat; aber als einen Versuch der Regierung, den Kampf zu verhüten, läßt sich diese Konferenz kaum bezeichnen. Den Bergbesitzern entsprechend ins Gewissen zu reden, um sie zum Entgegenkommen zu bewegen, dazu reicht wohl der Einfluß der Regierung nicht aus. Das wichtigste, was sie jetzt zu tun hat, ist der Säub der Streikbrecher. Schon vor Beginn des Streiks sind Hunderte von Polizisten und Gendarmen aus den verschiedensten Gegenden Preußens in die Grubenrevier zusammengezogen worden. Man wird wohl auch bald von einer teilweisen Mobilisierung unseres herrlichen Heeres hören. Der Zweck dieses Massenaufgebots der bewaffneten Macht ist ja leicht zu verstehen, aber hoffentlich lassen sich die streikenden Bergarbeiter nicht provozieren.

Uebrigens gärt es auch in den übrigen Bergbaubezirken Deutschlands, besonders in Schlesien und Sachsen. Ob es auch dort zum Streit kommt, läßt sich allerdings vorläufig nicht übersehen.

Der Generalfreist der Bergarbeiter in England dauert an. Die erste Woche des Kampfes ist vorübergegangen, ohne daß es zu einer Verständigung gekommen wäre, und es sieht fast aus, als ob auch die zweite Streikwoche ohne Ergebnis verlaufen sollte. Inzwischen macht sich die Kohlennot im gesamten Wirtschaftsleben immer empfindlicher bemerklich. Hunderttausende von Fabrikarbeitern sind entlassen worden, da die Betriebe nicht fortgeführt werden können. Infolge des Kohlenmangels ist der Betrieb der Eisenbahnen und die Schifffahrt eingeschränkt worden, und nicht nur die Kohlen, sondern auch die Lebensmittel steigen riefig im Preise. Die Hoffnung der schlesischen Grubenbesitzer auf Extraprofite aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks in England dürfte sich, wenn überhaupt, so nur in sehr bescheidenem Maße verwirklichen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien, Frankreich und anderen Ländern benügen die Bergarbeiter die günstige Gelegenheit, wo die Zufuhr aus England unterbunden ist, um ihren eigenen Forderungen Geltung zu verschaffen. Wir leben in einer Zeit der Miesenkämpfe zwischen Kapital und Arbeit und können nur wünschen, daß die Bemühungen der Arbeiter, eine Besserung ihres Loses herbeizuführen, von Erfolg gekrönt sein mögen.

Im Schneidergewerbe ist am 1. März die Arbeitsniederlegung in 24 Orten erfolgt. Der Kampf ist aber nicht so umfangreich geworden, als man anfangs annahm. Insgesamt sind bisher etwa 7000 Schneider in den Streik getreten. In Berlin haben bereits über 250 Firmen die neuen Vereinbarungen anerkannt, so daß hier die Zahl der Streikenden nur eine verhältnismäßig geringe ist. Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hat nun zum 9. März eine allgemeine Aussperrung für ganz Deutschland angeordnet, an der neben der Herrenschneiderei auch die Damen- und die Uniformschneiderei beteiligt sein

soll. Er lebt der guten Hoffnung, dabei 157 Orte mit rund 40000 Arbeitern in den Kampf ziehen zu können, wodurch nach seiner Meinung die ganze Bewegung in zwei Wochen beendet sei. Der Arbeitgeberverband hat nämlich berechnet, daß das Vermögen des Schneiderverbandes nicht länger für die Unterstützung ausreicht. Diese Berechnung dürfte sich aber schon deshalb als verfehlt erweisen, weil gerade in diesem Berufe viele ausgesperrte durch Uebernahme von Privatarbeiten die Streikfasse entlasten können und andererseits ja mehrere Verbände an der Aufbringung der Unterstützung beteiligt sind.

Die sieben veröffentlichten Jahresabrechnungen des Schneiderverbandes ergibt übrigens, daß dieser den kommenden Kämpfen gut vorgebaut hat. Sein Vermögen ist von 607 615 Mk. zu Ende 1910 auf 1 012 528 Mk. am Jahresabschluss 1911 gesteigert worden. Von diesen Beträge waren 176 515 Mk. in den Kassaflüssen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich in der gleichen Zeit eine Erhöhung um 4058 und setzt sich nunmehr aus 37 088 männlichen und 10 499 weiblichen Personen zusammen.

Die Aussperrung in der Porzellanindustrie erstreckt sich in der Hauptsache auf das nordbaltische Bayern, den Thüringer Wald, das westliche Sachsen, Sachsen-Altenburg, Waldburg-Itzschewitz in Schlesien, Leitlin und Zell in Waden, Charlottenburg, Teltow und Nothlau. Insgesamt sind nach den bisherigen Meldungen 37 Orte in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Ausständigen ist noch nicht feststehend. In manchen Betrieben haben sich auch die Unorganisierten solidarisch erklärt und sich zu der für sie auf den 4. März freigesetzten Wiederaufnahme der Arbeit nicht eingelassen. Um so mehr glaubt aber dabei das keine christliche Verbänden der Keramarbeiter im Trüben fischen zu können. Eine in Marktrewitz abgehaltene Konferenz dieses Verbandes beschloß, sich um die Aussperrung nicht zu kümmern, da die Unternehmer ja nur den freien Verband treffen wollten, die christlich organisierten Porzellanarbeiter sollen also den aussperrenden Unternehmern helfen, die Betriebe aufrecht zu erhalten. So wollen es die Vetter, ob die Arbeiter allerdings dabei mitmachen, wird von deren Ehrgefühl abhängen.

Der Zentralverband der Asphaltreue hielt Mitte Februar seine vierte Generalversammlung in Bamberg ab. Der Verband zählte Ende 1911 insgesamt nur 1108 Mitglieder und weist einen außerordentlich starken Mitgliederwechsel auf. In den letzten zwei Jahren wurden allein 1400 Personen neu aufgenommen, und trotzdem hat sich die Mitgliederzahl in dieser Zeit nur um 200 erhöht. Für den Abschluß des Verbandes an eine größere Organisation scheint keine Neigung vorhanden zu sein, wenigstens ist darüber nicht verhandelt worden. Doch will man anscheinend der Fluktuation zu Leibe gehen. Der Verbandstag beschloß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung unter gleichzeitiger Erhöhung des Beitrages auf 90 Pf. während aller 52 Wochen des Jahres, statt bisher 65 Pf. in 44 Wochen. Die Unterstützung soll vom siebenten Tage ab sich auf 21 Tage à 1 Mk. erstrecken. Der Verband hat 17 042 Mk. Vermögen.

Im Verbands der Buch- und Steinbruderei- und Buchbinder sind anscheinend die anlässlich der letzten Tarifbewegung zu Tage getretenen inneren Reiben noch nicht überwunden. Der Verbandsvorstand hat aus dem Verbandstagsbeschluss die Konsequenz gezogen, den Führer der Berliner Mitglieberschaft im letzten Konflikt, den Ortsvorsitzenden und Geweiler Moritz, sofort seines Postens zu entheben. Demgegenüber hat sodann die Berliner Mitgliedschaft beschlossen, daß Moritz und die sich mit ihm solidarisch erklärenden drei anderen Ortsangestellten bis zu einer von ihr vorzunehmenden Neuwahl im Amte zu bleiben haben.

Technisches.

„Fachblatt für Holzarbeiter“. An die Kenntnisse des Tischlers werden außerordentlich hohe Anforderungen gestellt, wenn er auch nur einigermaßen alle Zweige seines Berufes beherrschen will. Das läßt auch wieder das neueste Heft des Fachblattes, März 1912, erkennen. Im ersten Bild tritt uns die Anwendung der Sperrholztechnik entgegen, die begreiflicherweise ganz andere Konstruktionen bedingt als der Rahmenbau mit seinen reichen Verkröpfungen, den eine große Diele von Lössold und Nubim in Dresden zeigt. Der Tischler soll aber auch informiert sein über die Möglichkeiten, Holz zu konservieren sowie über die Erzielung farbiger Mauerwerkstoffe auf Eichenholz, zwei Materialien, die deshalb in weiteren Abhandlungen erörtert werden. Der zunehmenden Anwendung eingelegerter Arbeiten kommt das Heft mit einem Hinblick auf die Geschäfte der Antarktika entgegen. Einige Bilder zeigen Einlegearbeiten aus dem 16. Jahrhundert. Nicht minder wichtig ist die Kenntnis der Holzverarbeitungsmaschinen, die diesmal neben anderen auch mit einer großen zweifelhafte Schiffs- und Papfen-schneidemaschine vertreten sind, eine Neuerung von außerordentlicher Leistungsfähigkeit. Für den Praktiker dürften dagegen die Beschreibung und die Aufrißzeichnungen von besonderem Interesse sein. Schon diese kleine Nummer zeigt, daß man in der Tischlerei nie auslernen kann und daß zum anderen so ein kleines Fachblatt heft gar viel des Beliehenden zu bieten vermag.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin G. 2, Neue Friedrichstr. 2. Nähere Jahrgänge werden, soweit vorhanden, noch abgegeben.

Die Durchführung des Schreibens behandeln zwei hübsche Handbücher, die den Vetter der Unterrichtskurse der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Prof. Dr. Heinrich Witzel in Stuttgart, zum Verfasser haben. Witzel stellt seit über 10 Jahren an Fortbildungsschullehrern und an Handwerker Unterricht in der gewerblichen Buchführung. Seine dabei gesammelten Erfahrungen sind bei Herausgabe dieser Fachwerke berücksichtigt worden. Beide Bücher sind im Verlage von Ernst Heine rich Moritz in Stuttgart erschienen. Das neuere der beiden ist die „Amerikanische Buchführung für Handel- und Gewerbetreibende, Vorgehens für

Schreiner und Glaser", und kostet kartoniert nur 1 Mk. Das Buch ist als Lehrmittel für den Unterricht in Buchführung berechnet, kann aber auch sehr wohl zur häuslichen Weiterbildung benutzt werden. Neben der Erläuterung des Verfahrens ist je ein einmonatiges Ausführungsbeispiel eines Tischler- und Glasergeschäftes gegeben. Das zweite Wert behandelt die Buchführung, die sich auf die Produktion des Bau- und Möbelschreiners und wird gebunden zu 1,50 Mk. geliefert. Dieses Buch ist in Fragen und Antworten gegliedert und behandelt zunächst die einfache Buchführung, daneben ein Musterbeispiel einer solchen, gibt kurz Aufschluss über das Wichtigste aus der Wechselstunde sowie an Hand einiger Möbel- und Bauzeichnungen über die Grundzüge zur Preisberechnung.

20 Pf. Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Heft 5: Die Konstruktionslehre für Tischler. R. Derrosses Verlag, Wittenberg (Bez. Halle a. S.).

Eingefandt.

Zur Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter.

Der von der Zentralkommission angeführte Grund, die streiklose Konkurrenz der Unternehmer" mache es notwendig, eine Branchenkonferenz abzuhalten, kann nicht anerkannt werden und ist nur geeignet, eine unfruchtbare Diskussion zu entfalten. Der Anfang ist bereits gemacht, indem einige Kollegen die Abhaltung einer Branchenkonferenz ablehnen und statt dessen Bezirkskonferenzen vorschlagen, ja sogar die Bildung besonderer Bezirkskommissionen wird empfohlen. Davon kann aber keine Rede sein. Wenn gesagt wird, daß das Arbeitsgebiet der Zentralkommission zu groß sei und daß nichts Ersprießliches geleistet werde, so ist dieser Einwand unbegründet. Die Kollegen müssen sich nur daran gewöhnen, daß der Sitz der Zentralkommission in Hamburg ist und ihre Aufträge und Mitteilungen dorthin richten.

Als Hauptgrund für die Abhaltung einer Konferenz wird, wie schon oben erwähnt, die gegenseitige Konkurrenz der Unternehmer untereinander angeführt. Dies scheint mir aber eine völlige Verkennung der Aufgaben einer Branchenkonferenz zu sein. Was geht die Musikinstrumentenarbeiter die Konkurrenz der Unternehmer an? Wenn der Preis für die fertigen Produkte fortwährend unterboten wird, kann dies höchstens als Beweis gelten, daß die Produktion von Musikinstrumenten ein recht lukratives Geschäft ist. Dies wird übrigens durch die zunehmende Beteiligung des Bankkapitals bei den Aktiengesellschaften in der Branche bekräftigt. Zwischen den Arbeitgebern, die das Bestreben haben, gute Qualitätsarbeiten herzustellen, auch eine Verständigung mit den Arbeitern nicht abgeneigt sind und jenen, die bei ihren geschäftlichen Manipulationen sogar vor der Unterschlagung der den Arbeitern abgezogenen Beiträge zur Krankenkasse nicht zurückschrecken, einen Vergleich herzustellen, kann nicht Aufgabe einer Konferenz sein. Trotzdem begrüße ich die Anregung der Zentralkommission und möchte die Einberufung einer Konferenz befrworten.

Neben den Fragen allgemeiner Art über Agitation und Organisation sind es folgende Tatsachen, die für Abhaltung einer Konferenz sprechen. Die lebhafteste Lohnbewegung von 1910 in der Klavierbranche hat auch einen festeren Zusammenschluß der Unternehmer zur Folge gehabt. Der Verband der Klavierindustriellen Westdeutschlands brachte auf seiner 1911 abgehaltenen Generalversammlung zum Ausdruck, daß er es als eine seiner Hauptaufgaben betrachten habe, bei Streiks einzugreifen. Es wurde u. a. ein Beschluß gefaßt, wonach in allen Betrieben Lohnregulierung vorgekommen werden sollen. Der gerechte Ausgleich der Löhne soll aber nicht durch Erhöhung der niedrigen Akkordlöhne bewirkt, sondern durch Abzüge der höher bezahlten Branchen hergestellt werden. Jeder, der den Verhältnissen nicht fremd gegenübersteht, weiß, daß die Bezahlung in keinem Verhältnis zu der aufgewendeten Arbeit steht. Eine bis ins kleinste durchgeführte Teilarbeit hat einen außerordentlich hohen Kräfteverbrauch zur Folge, wodurch ein höherer Lohn als der in der Holzindustrie übliche gerechtfertigt wäre. Leider ist das Gegenteil zu verzeichnen. Eine gründliche Besprechung dieser Tatsachen würde uns ein ausgezeichnetes Agitationsmittel liefern. Die Steuerung des Unternehmervorwärtens zu den Lohnbewegungen im allgemeinen und die „soziale" Auffassung über den gerechten Lohnausgleich würde manchen unserer Kollegen aus seiner lethargie aufrütteln und dem Verband zuführen.

In einer Reihe von Städten gehören die Unternehmer der Musikinstrumentenindustrie dem „Arbeitsgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe" an und fallen unter die in diesen Städten abgeschlossenen Tarifverträge. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Tarifverträge in unserer Branche eine größere Ausdehnung und erhöhte Bedeutung gewinnen. Eine Aussprache über die erzielten Vorteile bei den abgeschlossenen Tarifen würde nicht nur agitatorischen, sondern auch praktischen Wert haben. Einmalige Fehler lassen sich weit leichter vermeiden, wenn man sich auf Erfahrungstatsachen stützen kann. Besondere Verhältnisse, welche die Einberufung einer Konferenz rechtfertigen, sind in genügendem Maße vorhanden, so daß sich die aufgewendete Mühe reichlich lohnen würde. D. Berlin.

Zentralkommission der Württen- und Pfälzler.

In Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung" haben die Münchener Kollegen über die „Unfähigkeit" der Zentralkommission, die ihre „Pflichten" nicht erfüllt, besonders in bezug auf Agitation laße sie zu wünschen übrig. Unser Artikel in Nr. 10 hätte die Münchener eines anderen belehrt. Es hat den Anschein, als seien unsere guten Münchener Kollegen nach etwas gekränkt über die letzte Lohnbewegung in München und meinen, weil (wie sie sagen) „nicht genügend erreicht" wurde, auch die Zentralkommission die Schuld trage. Der Hinweis auf die Tätigkeit der anderen Kommissionen ist unangebracht, weil die Verhältnisse in unserem Beruf anders liegen, als beispielsweise bei den Drechsler. Aber in einem Punkt sind die Kommissionen einig, daß einerseits sie zu wenig Befugnisse haben, andererseits ein großer Teil der kollektiv vertreteten

Kollegen nicht mal die Briefe usw. beantworten. Daß dann nicht alles so sein kann, wie es sein soll, weiß der Vorstand und die Kommissionen und sollten dies auch die Sektionsverwaltungen wissen. Was die Agitation anlangt, haben wir getan, was möglich war. Was speziell Erlangen betrifft, möchten die Münchener das Jahrbuch 1910 nachschlagen, dann werden sie finden, daß es in Erlangen vorwärts geht. Freilich, die Lohnverhältnisse wie in München können in dem spätorganisierten Erlangen nicht auf einmal erreicht werden. Auch möchten unsere Kritiker nicht vergessen, daß Agitation in weitem Umfang, ja nicht einmal „Fragebogenversenden", ohne Genehmigung des Hauptvorstandes uns nicht zusteht!

Der Anregung der Württenmacherkonferenz von 1905, Berufs-Kollegen zur Agitation heranzuziehen, wurde einige Zeit entsprochen, und das war, als noch Kollege Weidlich auf dem Bureau des Vorstandes war. Seit letzterer ausgeschieden, wurde dieser Anregung trotz unserer Vorschläge nicht mehr Rechnung getragen. Oft kommen Wünsche, Berufsreferenten zu stellen, wir müssen die Kollegen an die zuständigen Gewerkschaften verweisen. Mit Ausnahme des Gaues Nürnberg wurden uns noch von keinem Gau Aufträge in obigem Sinne erteilt.

Die Münchener Kollegen wünschen Berichte aus anderen Orten; die können doch nicht von uns verfaßt werden. Wählten doch die Münchener Kollegen auch mal die örtlichen Verhältnisse schildern, wie es beispielsweise die Berliner Kollegen kürzlich in der „Holzarbeiter-Zeitung" getan haben; sie würden so am besten dem nachkommen, was sie kritisieren.

Das, was die Zentralkommission durch die Fragebogen ermittelt, läßt sich gut verwerten in der Agitation, so die Betriebs-, Lohn-, Arbeitszeit- und Organisationsstatistiken. Ebenfalls ist im „Jahrbuch" eine Menge Agitationsmaterial (Lohnbewegung, Tarife, Berichte) zu finden; das alles bietet genug Stoff, die Mitglieder über Berufsverhältnisse zu unterrichten. Die Zentralkommission befaßt sich auch mit besonderen Statistiken für Württenmacher, wenn aber die Wägen so ausgefüllt werden wie die letzten, kann die Kommission nichts damit anfangen.

Im Schlußsatz kommen die Münchener Kollegen auf den Kern, dem die „Enttäuschungen" entspringen, zu sprechen. Das möchten wir doppelt unterstreichen. Die Kollegen, besonders die Württenmacher, müssen in enge Fühlung mit der Kommission treten, sie mit dem nötigen Material versehen und über ihre örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterrichten. Dann geht es vorwärts.

J. N. Erhard Wallauer, Nürnberg, Schleifweg 85.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 3, bezogen werden.

Naturwissenschaftlich-technische Volksbildung der deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgegeben von Dr. Kaspar Schmid. Unter diesem Titel erscheint seit kurzem im Verlag von Theodor Thomas in Leipzig eine

Sammlung vollständig geschriebener Schriften, die ihren Zweck, den Arbeitern Gelegenheiten zu geben, ihre allgemein naturwissenschaftlichen und besonders technischen Kenntnisse zu erweitern, wohl erfüllen dürfte. Von den uns vorliegenden Bänden der Bibliothek: „Die Eisenbahn" von Prof. Dr. N. Schaber und „Die Elektrizität im täglichen Leben" von J. Wunder, die je 60 Pf. kosten, läßt sich sagen, daß sie ihrer Aufgabe in vorzüglicher Weise gerecht werden.

Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die neuesten Protokolle der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wahlkreise, in denen sie gewählt sind. Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis in künstlerischer Ausführung auf Kunstbruderpapier 60 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 8 in Hamburg).

Bekanntmachung des Vorstandes.

Gemäß der Bestimmung des Statuts § 28 Ziffer 1 beruft der Vorstand die nächste Generalversammlung am 28. Juli und folgende Tage nach Helldorf.

Tagesordnung:

1. Bericht der Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Ausschusses, b) des Vorstandes, c) des Hauptkassierers, d) der Rechnungsprüfungskommission, e) des Schiedsgerichts.
3. Statutenänderung.
4. Wahl der Haushaltungskommission.
5. Bericht und Beschlussfassung über eingegangene Beschwerden.
6. Wahlen: a) des Stizes und der Mitglieder sowie des Ersatzmänner für den Ausschuss, b) der Vorstandmitglieder und deren Ersatzmänner, c) der Hauptkassierers und deren Ersatzmänner, d) (event.) des Schiedsgerichts und der Ersatzmänner für dasselbe.
7. Erledigung sonstiger Rassenangelegenheiten.

Der Vorstand: J. N. G. D. Name.

Im Anschluß an obige Generalversammlung findet die

Betreiberversammlung für die Sterbefälle für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Eingeschriebene Hilfskasse 8 in Hamburg).

Tagesordnung:

1. Vorstand- und Rassenbericht.
2. Rassenprüfungsbericht.
3. Satzungsänderung und Erledigung sonstiger Anträge.
4. Wahl des Vorstandes und dessen Ersatzmänner.
5. Wahl von zwei Revisoren.

Der Vorstand: J. N. G. D. Name.

Arbeitslosigkeit im Monat Februar 1912.

Gau	Gebiet	Anzahl der Mitglieder	Arbeitslosigkeit am 1. d. Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Arbeitslose auf der Reise	Unterstützung haben erhalten							
				vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Monats		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise			
									Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mk.	Pf.
Danzig	87	4072	180	184	264	124	1	160	1568	2212	85	24	41	40	—	8
Stettin	44	8625	97	97	104	42	2	81	889	1007	80	145	204	172	18	1
Dreslau	45	7080	310	248	556	219	8	870	4971	6488	07	144	221	181	08	—
Berlin	92	88021	3078	4248	7821	2805	17	2454	28804	52880	82	570	878	768	84	1
Dresden	55	15718	517	401	918	204	11	471	5607	10500	72	295	435	357	20	—
Leipzig	68	18016	482	528	1015	880	11	507	4950	8811	91	456	600	477	53	—
Erfurt	78	7111	124	106	280	95	6	136	1585	1986	24	287	302	248	22	4
Magdeburg	87	7047	200	229	429	148	8	260	2587	5184	82	849	476	409	61	—
Hamburg	98	18821	1090	1054	2750	969	82	1007	9926	20758	58	968	1512	1888	55	4
Hannover	46	10520	309	334	648	270	18	300	3218	5922	10	562	814	728	90	—
Düsseldorf	57	10568	208	304	507	151	21	267	2461	4147	99	459	710	628	32	8
Frankfurt	61	11078	244	394	638	204	23	277	2888	4988	08	408	674	586	02	—
Nürnberg	51	12146	448	728	1166	264	9	871	11020	22517	92	211	383	338	85	—
München	41	7158	223	347	570	177	10	186	2891	4539	89	284	464	408	01	2
Stuttgart	88	11898	171	165	386	121	7	155	1742	2911	84	388	625	578	24	1
Hauptkass.	—	888	8	7	10	5	—	7	117	189	—	1	3	3	—	—

Aus nachstehend angeführten Zahlen erfolgte ein Bericht nicht: Hohenalza, Johannisburg, Soldau — Lassa — Oberberg — Martinroda, Oberrandbrunn, Schlotheim, Stadtlengsfeld — Kurich, Brate, Gertorf, Meldorf — Altona, Neuh, Soest — Wibling, Kirchseeon — Lübbingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats					Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose						
	1907	1908	1909	1910	1911	1907	1908	1909	1910	1911		
Januar	4870	8468	10005	5488	6904	7646	2,87	5,81	7,07	3,68	4,28	4,20
Februar	4100	7088	8080	4044	5597	6288	2,68	4,80	5,67	2,72	3,40	3,30
März	3688	6529	6816	3478	4192	—	2,45	4,49	4,40	2,82	2,52	—
April	3452	6754	5212	3518	4019	—	2,82	4,62	3,69	2,84	2,40	—
Mai	2794	6486	4457	3970	3280	—	1,87	4,89	3,10	2,68	1,94	—
Juni	2930	6190	4491	4400	3458	—	1,56	4,18	3,10	2,88	2,02	—
Juli	2060	5874	3726	4292	2923	—	1,81	3,72	2,57	2,80	1,69	—
August	1751	4985	2601	3158	2246	—	1,17	3,03	1,82	2,03	1,20	—
September	2675	4747	2717	3839	2509	—	1,72	3,30	1,85	2,45	1,43	—
Oktober	3923	5484	3260	4904	3609	—	2,60	3,88	2,21	3,10	2,02	—
November	4565	7018	3888	5512	4361	—	3,07	4,87	2,83	3,42	2,42	—
Dezember	3250	12651	7101	8410	8408	—	5,58	8,89	4,77	5,17	4,62	—

